

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Helmut Bärwald

Die DKP —

Ursprung, Weg, Ziel

B 8/69

22. Februar 1969

Helmut Bärwald, geboren am 13. März 1928, Referent für gesamtdeutsche Fragen beim Parteivorstand der SPD. Zahlreiche publizistische Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. U. a. freier Mitarbeiter des Deutschlandfunks, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Bärwald/Maerker: Der SED-Staat, Köln 1963; Bärwald/Scheffler: Partisanen ohne Gewehr — Funktion, Methoden und Argumente kommunistischer Infiltration, Köln 1967; Bärwald/Scheffler: Rechts — Links, Bad Godesberg 1968.

Rundfunk-Features: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück — Zum VI. Parteitag der SED; Unternehmen Erika — Ein Kriminalstück über die Tätigkeit des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes; 100 Jahre demokratische Arbeiterbewegung — Zur Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die DKP — Ursprung, Weg, Ziel

I. Vorbemerkung

Am 31. Dezember 1918 wurde in Berlin die Kommunistische Partei Deutschlands — die KPD — gegründet.

Im Jahre 1933 wurden von den Nationalsozialisten alle politischen Parteien — auch die KPD — auf dem „Verordnungswege“ mit Terror und Gewalt liquidiert.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges trat auch die KPD wieder in das politische Leben Deutschlands ein. Zuerst, am 11. Juni 1945, mit tatkräftiger politischer und materieller Hilfe der Sowjets in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ). In den folgenden Monaten — Ende 1945/Anfang 1946 — entstanden in der englischen, amerikanischen und französischen Zone Organisationseinheiten der KPD zunächst auf Orts- und Kreisebene, später auf Landesebene. Der Parteivorstand der KPD in den drei Westzonen (d. h. auf dem Gebiet der 1949 entstandenen Bundesrepublik Deutschland) wurde erst im April 1948 offiziell konstituiert.

Nach monatelangem Gesinnungsterror durch Ulbrichts Partei-(KPD-)Apparat und unter dem massiven psychischen und physischen Druck der sowjetischen Besatzungsmacht wurde die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in der Sowjetischen Besatzungszone Ende April 1946 mit der KPD der SBZ zwangsvereinigt. Es entstand die SED, die heute vorgibt, das „Vermächtnis“ der alten KPD von 1918 zu erfüllen.

In den drei Westzonen versuchten die Kommunisten nach 1945 immer wieder, sich an die Rockschoße der Sozialdemokratie zu hängen und auch in Westdeutschland die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ — das hieß damals: Die „Vereinigung“ von SPD und KPD — herbeizuführen. Doch Dr. Kurt Schumacher, der die SPD in den drei Westzonen wiederbegründete und die Partei bis zu seinem Tode im Jahre 1952 führte, hatte von vornherein keinen Zweifel daran gelassen, daß es für Sozialdemokraten kein Paktieren mit den Kommuni-

sten gibt. Einmal gefragt, ob Sozialdemokraten und Kommunisten denn nicht Brüder seien, antwortete Dr. Schumacher: „Brüder, ja, ebenso wie Kain und Abel!“ Kurt Schumacher machte klar, daß „die Sozialdemokratie keine Veranlassung hat, für den geschwächten Parteikörper der Kommunisten den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsversuch auch nur andeutungsweise einzugehen.“ In den Teilen Deutschlands also, in denen dem Besiegten nicht das System des Siegers aufgezwungen wurde — wie das nach den Anweisungen Stalins in der Sowjetzone vom ersten Tage der Besetzung an geschah —, mißlangen die Verschmelzungsversuche der Kommunisten; die „sozialdemokratische Blutspende“ blieb aus.

In den Jahren nach 1946 wurde die KPD in den drei Westzonen und später (ab 1949) in der Bundesrepublik Deutschland immer mehr zu einer politischen Sekte, deren Einfluß stetig nachließ, deren Abhängigkeit von der SED und der sowjetischen Politik ständig wuchs, und die sich — kommunistischer Strategie und Taktik entsprechend — systematisch in konspirativer Tätigkeit übte und auf die Illegalität vorbereitete.

Am 22. November 1951 stellte die Bundesregierung den Antrag, die Verfassungswidrigkeit der KPD festzustellen. Grundlage dieses Antrags war Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche, demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“

Nach mehrjährigen Vorbereitungen und einer vom November 1954 bis zum Juli 1955 dauernden Verhandlung vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe wurde am 17. August 1956 das Urteil dieses Gerichts verkündet: Verbot der KPD (und eventueller Ersatzorganisationen). Das Verbot der KPD

traf im Grunde genommen einen politischen Leichnam. Bei den Bundestagswahlen im Jahre 1949 errang die KPD immerhin noch 5,7 Prozent = 1 361 708 der 23 732 398 gültigen Stimmen. Im Jahre 1953 erhielt die KPD bei den Bundestagswahlen nur noch 2,2 Prozent = 607 860 der 27 551 272 gültigen Stimmen.

In den vergangenen Jahren, seit dem Verbot bis heute, forderten und fordern die Kommunisten die *Wiedezulassung* der verbotenen KPD. Ende Oktober 1968 jedoch wurde — selbst für viele Kommunisten überraschend und sie verwirrend — eine kommunistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland „neukonstituiert“ (auf diesen Terminus wird von den Kommunisten außerordentlich großer Wert gelegt): Die „Deutsche Kommunistische Partei (DKP)“.

Fürwahr, der Trick erscheint allzu billig, durch Versetzung eines einzigen Buchstabens aus der (verbotenen) KPD eine (legale) DKP zu machen.

II. Ursprung

Nach dem Verbot der KPD begann die Partei — im Laufe der Jahre mit graduellen Veränderungen der Taktik und mit gelegentlichen Verlagerungen von Schwerpunkten der Arbeit — in der Bundesrepublik Deutschland auf drei Ebenen tätig zu werden:

1. Die mit Hilfe des verdeckten KPD-Apparates durchgeführte konspirative Tätigkeit, eingeordnet in den Bereich der von Ost-Berlin gesteuerten kommunistischen Infiltrationsarbeit in der und gegen die Bundesrepublik Deutschland,
2. die „offene Arbeit“ von Kommunisten in der Bundesrepublik,
3. die Kampagnen mit der Forderung nach Wiedezulassung der KPD.

Die Reihenfolge der Aufzählung sagt nichts über die Bedeutung der Arbeitsbereiche aus, in denen die verbotene KPD tätig ist. Außerdem lassen sich immer wieder „Mischformen“ kommunistischer Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland feststellen.

KPD im Untergrund

„Die hundertmal totgesagte KPD lebt. Die Kommunisten in der Bundesrepublik sind ein

Nun, so einfach ist die Frage nicht zu beantworten. Man muß das Gebilde „DKP“, das vor kurzem in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgetaucht ist, näher betrachten, um dessen wahren Charakter erkennen und in das politische Geschehen unserer Tage richtig einordnen zu können. Ist die DKP eine Sekte oder eine Avantgarde im linksextremistischen Bereich der Bundesrepublik Deutschland? Ist sie der sichtbare legale bzw. legalisierte Teil des nach wie vor tätigen illegalen Apparates der KPD? Ist die DKP eine Art erweiterter „Initiativ Ausschuß für die Wiedezulassung der KPD“? Unter welchen Umständen entstand die DKP, welchen Weg ist sie bis zur Jahreswende 1968/69 gegangen und welche Ziele hat sie sich oder wurden ihr von fremder Hand gesetzt?

Die nachstehenden Anmerkungen und Dokumente mögen dazu beitragen, Ursprung, Position, Weg und Ziel der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) aufzuhellen.

politischer Faktor, der nicht auszuschalten ist.“ Solche und ähnliche Behauptungen werden in der kommunistischen Agitation seit Jahren immer wieder verbreitet. Einen „politischen Faktor“ stellte und stellt die verbotene KPD in der Bundesrepublik nun aber gewiß nicht dar. Wohl aber ist der verhältnismäßig kleine, straff organisierte, illegal arbeitende Apparat dieser Partei ein wichtiger, aktiver Hilfstrupp der kommunistischen Infiltration. Die Infiltrationsarbeit der KPD wird von dem in Ost-Berlin residierenden Politbüro der KPD bzw. vom Zentralkomitee der KPD angeleitet, die wiederum unmittelbar vom Politbüro und vom Zentralkomitee der SED, hinsichtlich der Infiltrationsarbeit durch die „Kommission für nationale Arbeit“ beim SED-Politbüro und die „Abteilung 62“ beim ZK der SED gelenkt werden. Auch die Finanzierung der illegalen Tätigkeit der verbotenen KPD hat die SED übernommen.

Der „Apparat“ entsprach allerdings in seiner Stärke zahlenmäßig niemals der Größe der Mitgliedschaft der KPD zum Zeitpunkt ihres Verbotes. Beim Verbot hatte die KPD noch etwa 78 000 Mitglieder. Sehr bald nach dem Verbot gaben etwa 90 Prozent der KPD-Mitglieder ihre Verbindung zur Partei auf und

waren nicht bereit, innerhalb des illegalen Apparates tätig zu werden. Im Jahre 1968 betrug die Zahl der (illegalen) Mitglieder der (verbotenen) KPD — seit vielen Jahren unverändert — etwa 10 Prozent der Mitgliederzahl im Jahre 1956: ca. 7500. Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ schrieb am 7. August 1963: „In so schwierigen Situationen (d. h. im Zustand der Illegalität der KPD in der BRD — H. Bw.) konnten Schwankungen in den Reihen der Mitglieder der Partei nicht ausbleiben. Die Parteiführung mußte gegen Tendenzen des Liquidatorentums auftreten. Sie kämpft gegen den Revisionismus und tritt für marxistisch-leninistische Prinzipienfestigkeit ein.“

Gelegentlich sichtbar werdende Bereiche der illegalen Tätigkeit des KPD-Apparates sind vor allem Agitationskampagnen (Flugschriften etc.; hierzu gehört auch die Tätigkeit des „Deutschen Freiheitssenders 904“, der in Burg bei Magdeburg installiert ist) und die Unterwanderung oder Manipulierung von Tarn- und Hilfsorganisationen der Kommunisten.

Im kommunistischen Selbstverständnis sind die kommunistischen Staatsapparate und Organisationen Motoren zur Erhaltung der Macht oder des Kampfes um die Macht. Als sogenannte „Transmissionsriemen“ wirken in kommunistisch regierten Staaten die „Massenorganisationen“, in „kapitalistischen“ Staaten die kommunistischen Parteien, Tarn- und Hilfsorganisationen bzw. die kommunistisch beeinflussten (unterwanderten), manipulierten bzw. manipulierbaren Parteien oder Organisationen.

In der Bundesrepublik Deutschland gab und gibt es eine Vielzahl solcher Organisationen, die entweder nach dem Verbot der KPD vom illegalen KPD-Apparat ins Leben gerufen wurden oder ohne unmittelbare kommunistische Beteiligung entstanden und erst später von den Kommunisten als willkommene Objekte und „Transmissionsriemen“ benutzt, „umprogrammiert“ und mißbraucht wurden.

Mit der Methode der Unterwanderung versucht der KPD-Apparat durch personelle Infiltration bestehende Parteien oder Organisationen kommunistisch zu durchsetzen und sie auf diese Weise zu „Transmissionsriemen“ und zu Hilfstruppen kommunistischer Politik zu machen. Diese Unterwanderung vollzieht sich meist von unten nach oben — in der kommunistischen Infiltrationsstrategie wird diese Taktik „demokratische Initiative von unten“ ge-

nannt — und auf eine Weise, daß der kommunistische Einfluß weitgehend unerkannt bleibt. Als in der Öffentlichkeit wirkende Repräsentanten solcher Organisationen lassen die Kommunisten meist integre, gutgläubige Personen im Amt, die weder von ihrer Weltanschauung her als Kommunisten bezeichnet werden können noch vorher irgend etwas mit der KPD oder dem illegalen KPD-Apparat zu tun hatten.

Eine Abart der Unterwanderungsmethode besteht darin, sich in Kampagnen oder Aktionen anderer Organisationen oder Personengruppen einzuschalten, wenn diese Forderungen vertreten, die sich mit dem „Minimalprogramm“ der KPD decken und sich in die Infiltrationspläne der Kommunisten einordnen lassen. Bei der Anwendung dieser Taktik ergeben sich in der Praxis Übergänge zur „offenen Arbeit“ der verbotenen KPD.

Obwohl die KPD kommunistischer Taktik entsprechend bereits vor ihrem Verbot im Jahre 1956 in bestimmten Bereichen konspirativ arbeitete und den Parteiapparat systematisch auf die Illegalität vorbereitete, mußten die Angehörigen des illegalen KPD-Apparates immer wieder auf die Notwendigkeit „revolutionärer Wachsamkeit“ und auf den „Kampf gegen Sorglosigkeit und Vertrauensseligkeit“ hingewiesen werden. So veröffentlichte zum Beispiel das illegal erscheinende KPD-Zentralorgan „Freies Volk“ im Oktober 1963 „Zehn Goldene Regeln für illegale Parteiarbeiter“, in denen „von jedem Mitglied die Bereitschaft erwartet (wird), unermüdlich für die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei und ihrer Organe zu kämpfen, für die Partei und die Arbeiterklasse Opfer zu bringen“. Die Abhängigkeit des KPD-Apparates vom „großen Bruder“ in Ost-Berlin, von der SED-Führung, wird in diesen Verhaltensmaßregeln für die illegal arbeitenden KPD-Genossen durch die Forderung deutlich: „Mit Entschiedenheit weist er (jeder Genosse — H. Bw.) auch alle Angriffe auf die DDR zurück. Sein Verhalten zur DDR ist Maßstab für seine Treue zur Partei.“

In der im Ost-Berliner Dietz Verlag 1966 erschienenen Broschüre „KDP 1945—1965/Abriß, Dokumente, Zeittafel“ (zusammengestellt von Mitarbeitern des ZK der KPD) wird über die illegale Arbeit der Partei unter anderem geschrieben: „Die Partei begann sofort nach dem Verbot, den illegalen Kampf zu organisieren. Obwohl die Kommunisten in bestimmtem Maße auf das Verbot vorbereitet waren, war der Übergang in die Illegalität dennoch eine

schwierige Aufgabe. Vorübergehend verlor eine Reihe von Organisationen die Verbindung zu den übergeordneten Leitungen, zerriß der Kontakt mancher Mitglieder zu den Grundorganisationen oder Parteileitungen. Es war notwendig geworden, gewisse Teile des Parteistatuts — wie die Wählbarkeit der Leitungen und andere Bestandteile der innerparteilichen Demokratie — einzuschränken. Aber die Partei meisterte im wesentlichen die Probleme des Übergangs in die Illegalität.“

Die „offene Arbeit“ der illegalen KPD

Parallel zu der niemals vernachlässigten „verdeckten“ illegalen Tätigkeit begannen die Kommunisten in der Bundesrepublik Anfang der sechziger Jahre, in immer stärkerem Maße zur „offenen Arbeit“ überzugehen. Im Jahre 1961 hatte der „Deutsche Freiheitssender 904“ einen damals in der Öffentlichkeit wenig beachteten Marschbefehl für die Angehörigen des illegalen KPD-Apparates in der Bundesrepublik Deutschland herausgegeben:

„Die illegale Parteiorganisation arbeitet dort am besten, wo sie alle Genossen befähigt, erfolgreiche legale Arbeit unter den Massen zu leisten, wo sie diese Arbeit anleitet, fördert und kontrolliert.“

Auf der Ende November 1963 in Mitteldeutschland durchgeführten 2. Tagung des Zentralkomitees der KPD kritisierte der 1. Sekretär des ZK der KPD, Max Reimann: „Wir werden auch dadurch gehemmt, daß manche Genossen glauben, mit ihrem öffentlichen Auftreten könnten sie sich selbst und die illegale Arbeit der Partei gefährden. Das ist aber falsch. Der wichtigste Hebel unserer Tätigkeit ist die legale Massenarbeit. Die Entwicklung von Massenaktionen zur Wahrung der demokratischen Rechte ist das legalste, was es geben kann, denn wir verteidigen damit das Grundgesetz... Ohne Zweifel erkennen viele unserer Genossen, daß es die Pflicht jedes Kommunisten ist, aktiver Gewerkschafter zu sein. Es ist die Aufgabe eines jeden Kommunisten im Betrieb, gewerkschaftlicher Vertrauensmann zu werden... Vor allem kommt es darauf an, ausgehend von dem Grundsatzprogramm des DGB die begonnene Klärung in der Arbeiterklasse über den Standort und den Klassencharakter der Gewerkschaften fortzusetzen.“

Die Taktik ist klar: Teile der nach dem Verbot der KPD verbliebenen Kader wurden damals aus dem Dunkel der Illegalität herausgeholt,

um im Zwielflicht einer Schein-Legalität tätig zu werden. In den folgenden Jahren wurde die „offene Arbeit“ der verbotenen KPD immer intensiver, um auf diese Weise die verbotene KPD aus der ständig wachsenden Sterilität und Isolierung unter den (im Sinne der Kommunisten) „demokratischen Kräften“ in der BRD herauszuführen.

In diesem Zusammenhang sei auf das „Memorandum über die Probleme der internationalen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung und ihre Einheit“ hingewiesen, das der im Jahre 1964 verstorbene Vorsitzende der italienischen KP, Togliatti, hinterließ. Unter der Überschrift „Über die Entwicklung unserer Bewegung“ schrieb Togliatti unter anderem: „Wir waren stets der Meinung, daß es nicht richtig sei, eine vorwiegend optimistische Darstellung der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung in den westlichen Ländern zu geben. In diesem Teil der Welt, auch wenn hier und da Fortschritte gemacht wurden, sind unsere Bewegung und unsere Kräfte noch heute unzureichend für die Aufgaben, die vor ihnen stehen. Einige Parteien (Frankreich, Italien, Spanien etc.) ausgenommen, kommen wir noch nicht aus der Situation heraus, in der die Kommunisten nicht imstande sind, eine wirkliche und wirksame politische Aktion zu entfalten, die sie mit den großen Massen der Werktätigen verbindet. Sie beschränken sich auf Propagandaarbeit und haben keinen effektiven Einfluß auf das politische Leben ihres Landes. Es muß auf jede Weise gelingen, diese Phase zu überwinden, die Kommunisten dazu zu drängen, ihre relative Isoliertheit zu durchbrechen, sich in aktiver und kontinuierlicher Weise in die politische und soziale Wirklichkeit einzuschalten, politische Initiative zu entwickeln, eine wirkliche Massenbewegung zu werden.“ (Zitiert nach: „Die Zeit“, 17. 9. 1964.)

In den Jahren 1966 bis 1968 fanden einige wichtige internationale KP-Konferenzen statt, die sich eingehend mit diesen — von Togliatti skizzierten — Schwierigkeiten der kommunistischen Parteien in westlichen Ländern befaßten und in ihren Ergebnissen auch neue Leitlinien für die Tätigkeit der Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland festlegten.

Im Mai 1966 fand in Wien eine Konferenz westeuropäischer kommunistischer Parteien statt. Die verbotene KPD war durch den 1. Sekretär des ZK, Max Reimann, vertreten. Zwei der wichtigsten Beratungspunkte dieser Wiener Konferenz waren:

a) Die „Aktionseinheit“ von „linken und demokratischen Kräften“, vor allem die Forcierung der „Einheitsfront von unten“ von Kommunisten und Sozialdemokraten,

b) Schwächung der Position der Bundesrepublik Deutschland innerhalb des westlichen Verteidigungsbündnisses.

Vom 1. bis 3. November 1966 tagte in Prag, einberufen von der Redaktion der internationalen kommunistischen Monatsschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, eine Konferenz von Vertretern kommunistischer Parteien aus 16 nichtkommunistischen westlichen Industriestaaten. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Probleme und Schwierigkeiten für die Kommunisten, die sich aus der technischen Revolution, aus dem Produktionsanstieg und der Hebung des Lebensstandards sowie aus dem starken Einfluß der freien Gewerkschaften und dem Wirken der Sozialdemokratie in den Heimatländern der nach Prag gekommenen KP-Funktionäre ergeben.

Der Vertreter der KPD, der Sekretär des ZK und Kandidat des Politbüros der KPD, Josef Schleifstein (jetzt Mitglied des Bundesausschusses der DKP), meinte auf dieser Konferenz: „Wir versuchen, solche (reformistische) Illusionen wirksam zu bekämpfen, indem wir uns als gute und hartnäckige Kämpfer für soziale und demokratische Reformen erweisen und zugleich ständig eine möglichst anschauliche, möglichst konkrete Beziehung zu unseren sozialistischen Zielen herstellen. Das ist praktisch sehr schwer. Auch unseren Genossen stellt das Leben täglich opportunistische Fallen ... Unsere Erfahrung ist, daß viele Arbeiter uns Kommunisten als scharfe und kompromißlose Kämpfer schätzen, daß aber viele meinen, wir könnten nur negieren und hätten keine brauchbaren positiven Vorschläge.“ Der KPD-Funktionär Schleifstein forderte, daß sich auch die deutschen Kommunisten von alten Klischees in ihrer Arbeit lösen und neue Methoden entwickeln müßten. Aber, so klagte Schleifstein, „mir scheint, daß einige Revolutionäre in den Fragen der Formen und Methoden der Arbeit oft die hartnäckigsten Konservativen sind und daß dies unserer Arbeit keineswegs dienlich ist.“

In einem Schlußwort erklärte das Mitglied des Politbüros der KP Finnlands, Salomaa: „Die wichtigste Schlußfolgerung aus unserer Diskussion ist, daß sich die kommunistischen Parteien heute in ihrer Tätigkeit nicht von Beschlüssen leiten lassen können, die in den 20er

und 30er Jahren richtig waren, zu einer Zeit, da der Kapitalismus anders war als heute. Die Bedingungen haben sich wesentlich verändert. Eine erfolgreiche Arbeit der Partei bedingt eine Neueinschätzung der Lage, neue Schlußfolgerungen und neue Arbeitsmethoden.“ (Zitiert nach: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 12/1966.)

Auf der Konferenz kommunistischer Parteien Europas vom 21. bis 26. April 1967 in Karlsbad wurden ebenfalls Richtlinien für die weitere politische Arbeit der Kommunisten in nichtkommunistischen europäischen Ländern festgelegt. Die Organisierung von Massenaktionen — selbstverständlich unter Führung der Kommunisten als „Avantgarde der Arbeiterklasse“ und mit direkter organisatorischer, personeller, propagandistischer und diplomatischer Unterstützung durch kommunistisch regierte Staaten Europas — wurde in Karlsbad an die erste Stelle eines Maßnahmen-Katalogs gestellt.

Auf einem Konsultativtreffen kommunistischer Parteien von Ende Februar bis Anfang März 1968 in Budapest forderte Max Schäfer, Mitglied des Politbüros der KPD, eine Verstärkung der „Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung“, stellte „neue Erscheinungen in der gesellschaftlichen Entwicklung“ in den „kapitalistischen Ländern“, so auch in der Bundesrepublik Deutschland, fest und verlangte eine weitere Forcierung der Bemühungen um die Herstellung der „Einheitsfront von unten“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sowie „fortschrittlichen“ Teilen des Bürgertums, Christen und „demokratischen Kräften aus allen Schichten des Volkes“.

Nicht ohne Auswirkungen auf die „offene Arbeit“ der KPD in der Bundesrepublik blieb auch der VII. Parteitag der SED im April 1967. SED-Chef Ulbricht erklärte damals in seinem mehrstündigen Referat (das durch einen Beschluß des Parteitages an Stelle einer EntschlieÙung zur parteioffiziellen Stellungnahme erklärt wurde): „Wir wissen, daß die Überwindung der friedensfeindlichen militaristischen und neonazistischen Kräfte (in Westdeutschland) nur im Kampf um die elementarsten demokratischen Forderungen und durch den Zusammenschluß und die Verständigung aller demokratischen Kräfte, von der Vorhut der Arbeiterklasse (damit sind die Kommunisten gemeint — H. Bw.) bis zu den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz, bis zu den demokratischen Kräften des Bürgertums möglich ist.“

Nach den Leitlinien, die der in Ost-Berlin residierenden KPD-Führung von Politbüro und Zentralkomitee der SED vorgezeichnet wurden, und im Sinne gemeinsamer Konferenzen von SED und KPD in Mitteldeutschland sowie verschiedener, oben erwähnter internationaler KP-Besprechungen führte und führt die in der BRD verbotene KPD ihre „offene Arbeit“ zum Beispiel so durch:

Veranstaltungen in der Bundesrepublik: Foren, Diskussionen, Pressefeste, „Friedensfahrten“ und dergl.

Versuchte oder vollendete Beeinflussung anderer Veranstaltungen (Ostermärsche etc.) sowie bestehender Organisationen.

Kandidatur von Kommunisten bei Wahlen.

Arbeit in den Betrieben; Tätigkeit von Mitgliedern der illegalen KPD als Betriebsräte; Tätigkeit kommunistischer Betriebsgruppen oder Betriebsstützpunkte, deren Mitglieder als Einzelpersonen meist offen im kommunistischen Sinne agitieren (die Gruppen arbeiten nach Regeln der Konspiration).

Gründung von überwiegend kommunistisch beeinflussten Organisationen, wie zum Beispiel der am 22. November 1967 in Stuttgart gegründeten „Demokratischen Linken“ (DL). 1. Vorsitzender der DL wurden Eugen Eberle, der früher Mitglied der KPD-Landesleitung Baden-Württemberg war und jetzt parteiloser Stadtrat in Stuttgart ist. Interessant ist, wie sich die „Mitgliedschaft der ersten Stunde“ der DL, d. h. zum Zeitpunkt der Gründung bzw. kurz danach, zusammensetzte:

30 Prozent der DL-Mitglieder kamen aus der KPD; 40 Prozent waren (davon die meisten als „Abgesandte“ der KPD) Mitglieder der DFU und 6 Prozent gehörten früher der SPD an, aus der sie entweder ausgeschlossen wurden oder aus der sie austraten. Der Rest von 24 Prozent war vor seinem Eintritt in die DL anderweitig oder überhaupt nicht politisch organisiert.

Bei der „offenen Arbeit“ verzichten die Kommunisten zwar nicht völlig auf die Anwendung konspirativer (Schutz-)Maßnahmen, jedoch wird darauf geachtet, daß alle Formen „offener Arbeit“ nach außen dicht unterhalb der „Verbotsschwelle“ bleiben.

Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots

In einer als Manuskript vorliegenden „Erklärung des Parteivorstandes der KPD — ‚Die KPD lebt! Hinweg mit dem Verbot!‘ vom

17. August 1956“ (zitiert nach: „KPD 1945—1965“, Dietz Verlag Ost-Berlin, 1966) heißt es: „Die KPD ist da, und die KPD bleibt da. So erfordert es das Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes... Das Volk wird das Urteil gegen die KPD niemals anerkennen, weil es gegen Frieden, Freiheit und nationale Wiedervereinigung gerichtet ist... Die KPD kann man nicht ausschalten und schon gar nicht beseitigen, sie ist Fleisch vom Fleisch der deutschen Arbeiterklasse. Die KPD hat tiefe Wurzeln in der Arbeiterklasse und im Volk, denn sie vertritt die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes... Freiheit für die KPD! Weg mit dem Verbot! Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der KPD!“

Vom Tage des Verbots der KPD an protestierten die deutschen Kommunisten — die SED ebenso wie die KPD — gegen das Verbot und forderten die Wiedezulassung der Partei. Die Forderung nach Wiedezulassung der KPD, aus dem Selbstverständnis der KPD durchaus begreiflich, wurde in den kommenden Jahren und trotz der Gründung der DKP bis hinein in unsere Zeit (auf diese scheinbare „Schizophrenie“ wird an anderer Stelle noch eingegangen) zu einem Hauptbestandteil der kommunistischen Agitation in der und gegen die Bundesrepublik Deutschland. Seit 1956 wiederholen die Kommunisten stereotyp den Ruf „Weg mit dem Verbot der KPD“ auf verschiedenen Agitationswegen und Kommunikationsebenen: In Publikationen, in Rundfunksendungen vom Boden der SBZ aus, in Reden, auf Pressekonferenzen, in Offenen Briefen und in Schreiben an die Bundesregierung, an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen, an Abgeordnete etc.

In der bereits zitierten, in Ost-Berlin erschienenen Broschüre „KPD 1945—1965“ heißt es in dem Abschnitt „Der Kampf um die Wiederherstellung der Legalität der KPD“ unter anderem: „Die Partei ist seit zehn Jahren nicht mehr in der Lage, ihre Politik offen darzulegen. Das Ringen um die Wiederherstellung der Legalität ist ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes um Demokratie und Friedenssicherung in der Bundesrepublik. Dieser Kampf wird seit Jahren beharrlich, kontinuierlich und mit zunehmender Kraft im In- und Ausland geführt.“

Oft ergibt sich dabei der Eindruck, daß es sich nur noch um eine Agitationsphrase handelt: eine Platte, die vor allem aus taktisch-psychologischen Gründen immer wieder und immer noch abgespielt wird. Immerhin weiß die KPD-Führung sehr genau, daß eine Aufhebung des

durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Verbotsurteils — und damit eine *Wiederzulassung* der KPD — aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich ist. Darüber hinaus gab und gibt es selbst in der Führungsspitze der KPD Funktionäre, die einer wiederzugelassenen KPD keine politische Chance geben. Diese Skeptiker sehen — gewiß zu Recht —, daß mit einer Wiederzulassung der KPD nur wieder eine politische Sekte in die politische Landschaft der Bundesrepublik eintreten würde, die keine Aussicht hat, in der offenen politischen Auseinandersetzung mit den demokratischen Parteien und in einer freien Wahl zu bestehen. Die offizielle Parteilinie jedoch wurde von der Überzeugung (in Wirklichkeit jedoch von der Fehleinschätzung der realen Situation) abgeleitet, daß die „Bundesrepublik gerade jetzt eine legale KPD braucht“ (so argumentierte zum Beispiel der kommunistische Informationsdienst „Bonner Korrespondenz“ vom 8. 8. 1968). In Moskau gab sich Reimann in einem Gespräch mit einem westlichen Diplomaten übertrieben zuversichtlich: Die KPD würde heute schon „20 Prozent der Stimmen“ in der Bundesrepublik gewinnen, wenn die Kommunisten sich wieder der Wahl stellen könnten („Die Welt“, 30. 4. 1968).

Die internationale kommunistische Monatschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ schrieb in der Ausgabe Nr. 9/1968 unter der Überschrift „Die KPD lebt und kämpft“ unter anderem: „Ungeachtet des Terrors und der Verfolgungen lebt und kämpft sie, ihr Einfluß wächst, denn die KPD ist die einzige Partei, die zur Politik der herrschenden Kreise eine wirkliche Alternative aufgestellt hat, der auch die anderen demokratischen Kräfte folgen können.“

Der Autor des zitierten Artikels behauptet weiter, daß „die Autorität der Partei nach der im Februar dieses Jahres (1968 — H. Bw.) erfolgten Veröffentlichung des Entwurfs des Programms der KPD noch größer geworden“ sei, und zwar, wie Max Reimann in einem Interview mit der italienischen KP-Zeitung „L'Unita“ Anfang Mai 1968 feststellte, „in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie, unter den jungen Arbeitern und Studenten, in den intellektuellen Kreisen und unter den Katholiken“, bei denen es „genügend fortschrittliche Kräfte“ gebe. „Die KPD“, so betonte Reimann in dem Interview, sei ein „untrennbarer Bestandteil der Aufgaben der demokratischen Kräfte“ in der Bundesrepublik Deutschland (zitiert nach „Deutschlandsender“ Ost-Berlin, 8. 5. 1968).

Der „Initiativausschuß für die Wiederzulassung der KPD“

Anfang des Jahres 1967 glaubte die KPD, einen für sie und ihre Forderungen günstigen Trend — gleichsam eine Art „Aufweichung“ — in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland feststellen zu können. Die Äußerungen zahlreicher Politiker über eine mögliche *Neugründung* der KPD (im Sinne des Artikels 21 GG), die öffentliche Erörterung der rechtlichen Problematik einer Wiederzulassung der KPD bzw. einer Aufhebung des KPD-Verbots und eine größere Anzahl von Publikationen in Presse, Rundfunk und Fernsehen der Bundesrepublik über das KPD-Verbot und die möglichen Chancen einer neu gegründeten kommunistischen Partei in der BRD vermittelten der Wiederzulassungskampagne der KPD neue Impulse, die im Frühjahr 1967 zu einer Intensivierung und Koordinierung dieser Art „offener Arbeit“ führten. Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am Main stellte sich am 13. März 1967 ein „Initiativausschuß für die Wiederzulassung der KPD“ vor, der von fünf führenden Kommunisten gegründet worden war: Karl Schabrod, Düsseldorf; Franz Ahrens, Hamburg; Kurt Erlebach, Hamburg; Richard Scheringer, Kösching/Bayern; Manfred Kapluck, Essen.

Seit seiner Gründung führte der „Initiativausschuß“ zahlreiche Veranstaltungen durch bzw. traten Mitglieder des „Initiativausschusses“ als Redner auf Veranstaltungen auf, zu denen unter anderem kommunistische Hilfs- und Tarnorganisationen, aber auch nichtkommunistische Organisationen eingeladen hatten. Der „Initiativausschuß“ forderte niemals nur die Wiederzulassung der KPD, sondern gab auch für diese Partei programmatische Erklärungen ab, obwohl die Ausschußmitglieder ständig behaupteten, daß der „Initiativausschuß“ nichts mit der verbotenen KPD zu tun habe. Interessant ist, daß der „Initiativausschuß“ nach der Gründung der DKP im Oktober 1968 bis zum Januar 1969 keine Erklärung dahin gehend abgegeben hat, daß er seine Aufgabe nach der Gründung einer legalen kommunistischen Partei in der Bundesrepublik — der DKP — als erledigt betrachte.

KPD-Programmwurf als Stimulans

Nicht ganz ein Jahr nach dem ersten Auftreten des „Initiativausschusses für die Wiederzulassung der KPD“ wurden in der Wiederzulassungskampagne der KPD „mit dem Programm-

entwurf neue Fakten gesetzt" („Bonner Korrespondenz“, 8. 8. 1968). Anfang Februar 1968 wurden aus Ost-Berlin drei seit dem Verbot der KPD dort lebende Spitzenfunktionäre des Zentralkomitees der KPD in das Bundesgebiet geschickt, und zwar Max Schäfer, Herbert Mies und Grete Thiele. Diese drei KPD-Funktionäre sollten am 8. Februar 1968 auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am Main den Entwurf eines Parteiprogramms der KPD vorlegen und erläutern.

Der Polizeipräsident von Frankfurt/Main verbot die geplante Pressekonferenz unter Hinweis auf § 5 Nr. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Versammlungsgesetzes, da mit dieser Pressekonferenz „die verbotenen Ziele dieser Partei“ (der KPD — H. Bw.) durch einen „Funktionär der verbotenen KPD“ gefördert und fortgesetzt werden sollen.

In der Verbotsbegründung des Frankfurter Polizeipräsidenten heißt es weiter: „Aus wiederholten Erklärungen der Organe der verbotenen KPD ergibt sich, daß es Ihnen nicht um die *Neugründung* einer verfassungsrechtlich unbedenklichen Partei, sondern um die *Fortführung* der verbotenen Partei mit den für verfassungswidrig erklärten Zielen geht“ (Hervorhebungen d. H. Bw.).

Am 15. Februar 1968 veröffentlichte die SPD-Bundestagsfraktion in ihren „Informationen“ (Tagesdienst Nr. 102 vom 15. 2. 1968) folgende Erklärung: „Im Innenausschuß (des Bundestages — H. Bw.) ist heute das Auftreten von Mitgliedern der verbotenen KPD auf Pressekonferenzen behandelt worden. Der Innenausschuß hat es begrüßt, daß der Bundesinnenminister im Benehmen mit dem Bundesjustizminister Klarheit darüber geschaffen hat, wo eingeschritten werden muß.“

Der Ausschußvorsitzende Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) erklärte dazu, daß die Pressekonferenzen nur den Zweck verfolgten, die Öffentlichkeit zu verwirren. Mit einer Initiative zur Gründung einer neuen Partei habe die Pressekonferenz jedenfalls nichts zu tun gehabt. Offensichtlich seien die Veranstalter gar nicht daran interessiert, daß es in der Bundesrepublik Deutschland wieder eine kommunistische Partei gibt, sonst würden sie sich nicht auf die Wiederezulassung einer vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten und mithin verbotenen Partei konzentrieren, sondern den möglichen Weg der Gründung einer neuen Partei gehen, deren Satzung und Tätigkeit sich im Rahmen des Grundgesetzes hält.“

Der kommunistische „Deutsche Freiheitssender 904“ brachte am 26. Februar 1968 Auszüge aus der Rede Reimanns auf der 11. Tagung des ZK der KPD. Danach erklärte Reimann zum Programmentwurf der KPD und zu dessen Bedeutung für die illegale und „offene“ Arbeit der Partei unter anderem: „Mit der Veröffentlichung des Entwurfs des Programms der KPD muß ein neuer Aufschwung im Leben und Kampf der Partei erreicht werden... Das ZK stellt diesen Entwurf in der Partei, in der Arbeiterklasse, in der Öffentlichkeit zu einem Zeitpunkt zur Diskussion, da... das Interesse in der Arbeiterklasse und der jungen Generation an der Politik der KPD, die Rolle unserer Partei zunimmt und zugleich höhere Anforderungen an die politische und ideologische Arbeit der Kommunisten gestellt werden... Primär muß die Diskussion in der Partei zur Klärung unserer Strategie und Taktik, zur Steigerung der politischen Aktivität der Mitglieder und Grundorganisationen führen... Die Diskussion wird geführt mit dem Ziel, die Partei, vor allem die Grundorganisationen politisch und organisatorisch zu stärken... Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, die sich in den Gewerkschaften, mit Sozialdemokraten, mit der Arbeiterjugend, an den Universitäten usw. ergeben, um den Entwurf als ganzes oder auch in Teilfragen zur Diskussion zu stellen... Durch die damit verbundene notwendige Verstärkung unserer Massenarbeit wachsen auch die Möglichkeiten für die Werbung neuer Mitglieder. Konsequenter sollten wir dies im Interesse der Stärkung der Kampfkraft unserer Partei nutzen.“

Fast alle Autoren, die sich eingehend mit dem Entwurf eines „Programms der KPD“ beschäftigt haben, stimmen darin überein, daß dieses Programm trotz seiner formalen Anerkennung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland mit diesem nicht vereinbar ist, sondern in vielen Passagen einen Abklatsch der zur gleichen Zeit in Mitteldeutschland vorgelegten neuen „Sozialistischen Verfassung der DDR“ darstellt.

Die sozialdemokratische Wochenzeitung „Vorwärts“ zum Beispiel stellte in ihrer Ausgabe vom 15. Februar 1968 eindeutig fest: „Wer erwartet hatte, die seit 1956 illegale KPD werde im Laufe der Jahre eine entdogmatisierte Konzeption etwa nach dem Beispiel des italienischen Kommunismus entwickeln, ist seit dem vergangenen Donnerstag um eine Illusion ärmer. Der in Frankfurt/Main unter spektakulären Umständen vorgestellte Entwurf eines ‚Programms der Kommunistischen Partei

Deutschlands' behauptet zwar: „...die KPD gestaltet ihre Politik auf dem Boden des Grundgesetzes', indessen ist sein Inhalt dem *stalinistischen* Arsenal der Ulbricht-Gruppe entnommen.“ (Hervorhebungen d. H. Bw.)

Der im Februar 1968 veröffentlichte Programm-entwurf der KPD enthält keine bedeutenden Änderungen der ideologisch-politischen Grundlagen, der Ziele sowie der Strategie und Taktik der KPD. Das Bekenntnis zum „Marxismus-Leninismus“ und — allerdings „entschärft“ und verklausuliert — zur „Diktatur des Proletariats“ im Sinne Lenins wird bestätigt. In der Frage der Revolution hält sich die KPD in ihrem Programmentwurf beide Möglichkeiten, den „friedlichen“ und den gewaltsamen Weg, offen. Die meisten Formulierungen des Programmentwurfs waren allerdings von dem mit der Vorlage dieses Entwurfs verfolgten Ziel — die Wiedenzulassung der KPD und Sympathiewerbung in weiten Kreisen der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, vor allem jedoch unter Gewerkschaftern und „unzufriedenen“ Sozialdemokraten — bestimmt.

Der Programmentwurf der KPD fand allerdings bei den von der KPD herausgestellten Zielgruppen nur geringe Resonanz. Die Enttäuschung der KPD-Führung über diesen offensichtlichen Mißerfolg wurde durch Hinweise auf „Verbote, Verhaftungen und Beschlagnahmen“ und eine „neue Kommunistenhatz“ kaschiert. Die eigene Bedeutung und Bedeutsamkeit maßlos überschätzend behaupteten die Kommunisten, daß „seit Fanny Hill keine Schrift so von der Verbotsbürokratie in Westdeutschland gejagt worden“ sei „wie der Entwurf des Parteiprogramms der KPD“ („Bonner Korrespondenz“, 8. 8. 1968).

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß aus einigen linkssozialistischen Bereichen der „Außerparlamentarischen Opposition“ in der BRD der Programmentwurf der KPD teilweise heftig und polemisch kritisiert wurde.

„Eine neue KPD? — Niemals!“

Mitte der sechziger Jahre, in besonderem Maße seit Anfang 1968, geriet die Arbeit und Agitation der KPD in eine Etappe, die auf den ersten Blick schizoid erscheinen mag, die sich jedoch bei näherer Betrachtung und besonders nach einer Analyse der bisher erkennbaren Organisation und Tätigkeit der DKP als eine

— psychologisch recht geschickt angelegte — doppelgleisige Taktik erweist.

Führende Politiker der Bundesrepublik Deutschland, darunter mehrere Bundesminister und die Innenminister der Länder (so auf der Innenministerkonferenz in Ulm am 12. Oktober 1967), hatten in den Jahren 1967 und 1968 immer wieder darauf hingewiesen, daß es durchaus möglich sei (nach Artikel 21 GG), eine kommunistische Partei in der Bundesrepublik neu zu gründen, wenn diese Neugründung auf dem Boden des Grundgesetzes stehe und vor allem nicht gegen Artikel 21 Abs. 2 GG verstoße.

Die Kommunisten reagierten auf solche Angebote äußerst ablehnend und beharrten nicht nur auf ihrer Forderung nach Wiedenzulassung der 1956 verbotenen KPD, sondern verstärkten die Wiedenzulassungskampagne sogar noch erheblich.

Das Zentralkomitee der KPD erklärte zum Beispiel sofort nach der Ulmer Innenministerkonferenz vom 12. Oktober 1967: „Die Bewegung für die Aufhebung des KPD-Verbots wird in der Bevölkerung immer breiter und umfassender. Offenbar wollen die Innenminister mit ihrer Erklärung der weiteren Entfaltung dieser Bewegung entgegenwirken ... Eine Partei ohne kommunistische Ziele wäre in Wirklichkeit keine kommunistische Partei ... Die Lösung kann daher nur darin bestehen, daß das Verbot der in der Illegalität bestehenden KPD aufgehoben und daß alle Unterdrückungsmaßnahmen gegen ihre Funktionäre, Mitglieder und Anhänger eingestellt bzw. rückgängig gemacht werden ...“ (zitiert nach: „Neues Deutschland“, Zentralorgan der SED, 14. 10. 1967).

Der „Initiativausschuß für die Wiedenzulassung der KPD“ erklärte in einem „Offenen Brief“ vom 4. Oktober 1967, daß „eine ‚Neugründung‘ der KPD weder politisch noch juristisch vertretbar“ sei und es jetzt vielmehr darauf ankomme, „die an das Parlament und die Regierung gerichteten Vorschläge zur Wiedenzulassung der KPD unverzüglich anzunehmen und das widerrechtliche Verbot endlich aufzuheben.“

Auch in einem Interview des kommunistischen „Deutschen Freiheitssenders 904“ vom 27. November 1967 mit den Mitgliedern des Politbüros der KPD Willi Mohn und Erich Glückauf wurde die *Neugründung* einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland entschieden abgelehnt. Nachstehend wer-

den die in diesem Zusammenhang wichtigsten Passagen dieses Interviews wiedergegeben, da die darin enthaltenen Aussagen zweier führender KPD-Funktionäre (von denen einer, Erich Glückauf, vor Jahren als „Verbindungsmann“ vom ZK der SED abgestellt und in das Politbüro der KPD „delegiert“ wurde) in den folgenden Monaten immer wieder in der kommunistischen Agitation gegen eine Neugründung der KPD verwendet wurden:

„*Sprecher*: Aber gerade die Minister, von denen Du vorher gesprochen hast, betonen immer wieder, nicht die Aufhebung des KPD-Verbots streben sie an, sondern die Neugründung . . .

Mohn: . . . Sie sagen, so hat es die Innenministerkonferenz festgestellt, die KPD kann sich neu gründen mit den alten Mitgliedern, aber sie darf nicht auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehen. Sie wünschen sich eine KPD, die keine KPD wäre, bei der Kiesinger eventuell Ehrenvorsitzender werden könnte, eine KPD, die die Bonner Politik mehr oder minder toleriert . . . Aber das ist keine KPD, denn die KPD braucht sich nicht neu zu gründen. Die wurde 1918 gegründet . . .

Sprecher: Ja, Genosse Glückauf, es ist aber so, daß besonders viele junge Arbeiter sagen, lassen wir doch 'ne neue Partei gründen. Was wir draus machen, ist doch unsere Sache.

Glückauf: Natürlich ist eine Ungeduld unter den Menschen, die endlich eine legale KP erwarten. Und aus dieser Ungeduld heraus kommen dann auch solche Überlegungen. Das ist nicht ganz unverständlich. Aber es ist doch erforderlich, sich den Kopf anzustrengen, um wirklich zu überlegen, was steht hinter der Absicht der Neugründung . . . man will eine geläuterte KPD, eine nach dem Willen der gegenwärtigen Koalitionsregierung maßgeschneiderte KPD.

Sprecher: Im Kaiserreich hieß das Seiner Majestät allergetreueste Opposition . . .

Glückauf: . . . Nie und nimmer wird ein Kommunist für solch eine Art der Neugründung einer KPD auch nur den kleinen Finger reichen.

Mohn: . . . man braucht die KPD, man braucht eine Kraft, die in den Parlamenten wirksam wird und konsequent die Interessen der Werktätigen vertritt und die im Großen wie auch im Kleinen für eine Änderung der Politik eintritt . . .

Glückauf: . . . denn das ist das Neue in diesem Jahr, daß die Bewegung für die Zulassung der

KPD in engem Zusammenhang steht mit der großen Entfaltung der Bewegung der Massen für eine neue Politik, sei es auf sozialem Gebiet, sei es im Kampf gegen die Notstandsgesetze, sei es im Kampf um eine wirkliche Politik des Friedens und Entspannung, durch die Anerkennung der Realitäten . . . und in diese Bewegung ist eingebettet die Forderung um die Legalität der KPD.

Mohn: . . . nur im Kampf wird die KPD ihre Legalität erreichen, und zwar die KPD, so wie sie 1918 gegründet wurde . . . mit ihrem Programm einer marxistisch-leninistischen Partei, die zur großen Familie der kommunistischen Weltbewegung gehört.“

Das Mitglied des „Initiativ Ausschusses für die Wiedezulassung der KPD“, Manfred Kapluck, veröffentlichte in den von der „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“ (VUS) herausgegebenen „Sozialistischen Heften“ (Nr. 3/1968) ein „Plädoyer für eine legale KPD“.

Zur Frage „Neugründung oder Relegalisierung der KPD?“ meinte Kapluck: „Da die KPD trotz aufgezwungener Illegalität in der Bundesrepublik lebt und wirkt, geht es jetzt — da ihr Verbot politisch und rechtlich unhaltbar geworden ist — darum, dieser KPD ihre legitimen und demokratischen Rechte wieder zu gewähren, nicht aber irgendeine pseudokommunistische Partei neu zu gründen. Die Neugründungsempfehlungen der Innenminister zielen jedoch offensichtlich darauf ab, die KPD zu veranlassen, auf ihre marxistisch-leninistischen Prinzipien und ihre sozialistische Zielvorstellung zu verzichten, um sich dadurch die Legalität zu erkaufen. Das ist unzumutbar und unreal . . . Also: Wenn man die Frage, ob es in der Bundesrepublik eine legale kommunistische Partei geben kann und geben soll, positiv beantwortet, dann sollte man auch davon ausgehen, daß es um die Wiedezulassung eben der KPD geht, die soeben den Entwurf ihres Programms der Öffentlichkeit übergeben hat.“

Bei einer anderen Gelegenheit äußerte sich Kapluck noch drastischer: „Wir wollen keine kommunistische Partei, der die Zähne fehlen. Wir wollen ein scharfes Gewürz, Cayenne-Pfeffer, also roten scharfen Pfeffer.“ („Die Welt“, 30. 4. 1968)

Überlegungen hinter den Kulissen

Die für den illegalen KPD-Apparat gültige, von der KPD-Führung in Übereinstimmung mit SED- und sowjetischen KP-Funktionären fest-

gelegte Leitlinie war die Maßgabe, daß eine verbotene kommunistische Partei den Ausweg aus der Illegalität niemals durch eine auch nur vorübergehende Preisgabe ihrer kämpferischen Ziele einhandeln dürfe. *Hinter* den Kulissen jedoch, vom „Apparat“ und den Wiedezulassungs-Agitatoren kaum bemerkt, wurden in Übereinstimmung mit der Führung der SED und der KPdSU in der Führungsspitze der KPD Überlegungen angestellt, die eindeutig auf eine Neugründung — oder wie es in der kommunistischen Terminologie heißt: Neukonstituierung — einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland hienzielen. Ein wichtiger Entscheidungspunkt dieser Mitte 1968 noch internen Entwicklung, die parallel zu der immer hektischer werdenden Wiedezulassungskampagne verlief, war ein Gespräch, das die beiden Mitglieder des Zentralkomitees der KPD, Max Schäfer und Grete Thiele, Anfang Juli 1968 im Bundesjustizministerium führten. Spätestens bei diesem Gespräch muß den kommunistischen Gesprächspartnern endlich klar geworden sein, daß die Forderung nach *Wiedezulassung* der verbotenen KPD bzw. nach Aufhebung des KPD-Verbots — unter anderem durch Grundgesetzartikel 21 Absatz 2 bedingt — völlig unreal ist. (Trotzdem wird diese Forderung bis in die jüngste Zeit hinein, auch nach Gründung der DKP, aus taktischen, politisch-psychologischen Gründen immer wieder erhoben.)

Nach dem Gespräch der KPD-Funktionäre im Bundesjustizministerium traten das Politbüro und das Zentralkomitee der KPD zu einer Geheimsitzung zusammen, auf der der Weg in Richtung auf Neugründung bzw. Neukonstituierung einer kommunistischen Partei in der BRD festgelegt wurde.

Mindestens einmal gab es noch vor Gründung der DKP aus dem Munde führender KPD-Funktionäre vage Andeutungen über „andere Möglichkeiten“ als die „Wiedezulassung“ der KPD. Am 28. März 1968 veranstalteten in Bonn die Mitglieder der „Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung“ der KPD (nicht zu verwechseln mit dem „Initiativauschuß für die Wiedezulassung der KPD“), Schäfer, Mies, Landwehr und Grete Thiele, in einem Bus eine „fliegende“ Pressekonferenz, auf der ein Schreiben Max Reimanns an die Bundestagsfraktionen und eine schriftliche Stellungnahme von Max Schäfer verteilt wurden. In beiden Schriftstücken wird die Aufhebung des KPD-Verbots und die Wiedezulassung der KPD gefordert. Aus mündlichen Er-

klärungen der KPD-Funktionäre auf Fragen einiger Journalisten ergaben sich vieldeutige Hinweise darauf, daß die KPD auch andere Möglichkeiten als die der Wiedezulassung erwägt, damit die Kommunisten im Bundesgebiet in einer legalen Partei politisch tätig werden können.

Am 14. November 1968, also *nach* der Gründung der DKP, kehrte Max Reimann aus Ost-Berlin nach Düsseldorf zurück, nachdem das gegen ihn seit 1954 laufende Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat verjährt und der bestehende Haftbefehl aufgehoben worden war. Bereits vor seiner Einreise in das Bundesgebiet erklärte Reimann, daß er „zu gegebener Zeit an Ort und Stelle“ Schritte zur „Aufhebung“ des KPD-Verbotes einleiten werde. Am 19. November 1968 trat Reimann („ein an der Schwelle des Greisenalters stehender Mann“, der „aus der Geschichte nichts gelernt und keine neuen Einsichten gewonnen“ hat — SPD-Pressedienst vom 22. 11. 1968) in Düsseldorf auf einer Pressekonferenz erstmals seit 14 Jahren wieder öffentlich in der Bundesrepublik auf. Auf dieser Pressekonferenz konfrontierte der KPD-Chef seine Zuhörer, wie der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, treffend feststellte, „mit dem alten Instrumentenladen altkommunistischer Politik“ und forderte, trotz der Existenz der DKP, die Wiedezulassung der KPD.

In seiner schriftlichen Presseerklärung stellt Reimann fest: „Aber mit der Neukonstituierung einer legalen kommunistischen Partei, der Deutschen Kommunistischen Partei, ist das Problem der Aufhebung des Verbots der KPD noch nicht gelöst... Darum besteht weiterhin die Notwendigkeit, den Kampf um die Aufhebung des KPD-Verbots zu führen. Als Leiter der Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Wiedezulassung der KPD sehe ich im Kampf um die Aufhebung des KPD-Verbots meine Aufgabe. Ich werde durch Äußerungen in der Öffentlichkeit und geeignete Initiativen immer wieder gerade darauf hinweisen, wie schädlich dieses Verbot ist, und daß es fallen muß. Ich verstehe den Kampf um die Aufhebung des KPD-Verbots als politischen Kampf — als Teil des Ringens um eine neue Politik...“

Am 4. Dezember 1968 schrieb Reimann unter der Anschrift Düsseldorf-Gerresheim, von-Gahlen-Straße 4, an die „Regierung der Bundesrepublik Deutschland“ einen Brief, in dem den „sehr geehrten Damen und Herren Ministern“ „vorgeschlagen“ wird, nunmehr unver-

züglich die Verhandlungen über die Aufhebung des Verbots der KPD einzuleiten. Die innen- und außenpolitischen Probleme, die eng mit dem Verbot der KPD verbunden seien, wären, so betonte Reimann in seinem Schreiben an die Bundesregierung, „nicht dadurch gelöst, daß sich im Herbst dieses Jahres eine legale kommunistische Partei neu konstituiert hat“. Das KPD-Verbot sei, so heißt es weiter, „nicht in erster Linie ein juristisches Problem, welches mit der Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei nach Art. 21 GG gelöst ist, sondern es bleibt ein erstrangiges politisches Problem für die demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik und für die Sicherung des Friedens in Europa.“ Am Schluß des Briefes an die Bundesregierung vom 4. Dezember 1968 wird von Reimann „vorgeschlagen“, daß „die Bundesregierung einen Beauftragten benennt, sowie mir Ort und Zeitpunkt eines baldigen Verhandlungsbegins mitteilt“ (siehe auch Anhang/Dokumente).

An dieser Stelle soll wiederholt werden, daß der kommunistische Bereich in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland um die Jahreswende 1968/69 bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck der Zerrissenheit hinterließ; das Verhalten der Kommunisten wirkte schizoid: Einerseits wurde die Deutsche Kommunistische Partei konstituiert, andererseits wird starrsinnig und stereotyp die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots erhoben. In einem der folgenden Abschnitte wird klar, daß die scheinbare Zwiespältigkeit in Wirklichkeit eine — trotz aller Verschleierversuche durchschaubare — Taktik in der gegenwärtigen Phase kommunistischer Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Die Gründung der DKP war wesentlich von der für die KPD-Führung bitteren Erkenntnis bestimmt, daß es den Kommunisten in der Bundesrepublik trotz aller Bemühungen nicht gelungen war, den „progressiven Kräften“ in der BRD die kommunistische „Bündnispolitik“ schmackhaft zu machen, weite Bereiche der „Außerparlamentarischen Opposition“ unter Kontrolle zu bringen, eine Aktionseinheit der linkssozialistischen Kräfte (unterhalb der Schwelle einer Parteigründung) unter kommunistischer Führung herzustellen und die fortschreitende Isolierung des KPD-Apparates zu durchbrechen. Außerdem wuchsen in den Führungsgremien der KPD die Befürchtungen, daß die Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland durch das Entstehen neuer links-extremer Organisationen oder Gruppen auf

der politischen Bühne immer stärker in die Ecke gedrängt werden könnten. Bei solchen Überlegungen spielte auch die Furcht vor maoistischen und anarchistischen Strömungen innerhalb der APO eine Rolle. Mit der gleichen Entschiedenheit, mit der die Kommunisten es bis zum Herbst 1968 — zumindestens verbal — ablehnten, eine kommunistische Partei neu zu gründen, reagierte die KPD- und SED-Führung auf Absichten linkssozialistischer Gruppierungen in der BRD, eine Partei „links von der SPD“ zu gründen. Auf keinen Fall, darüber war man sich in der Führungsspitze der KPD — und der SED — klar, dürfe in der Bundesrepublik irgendeine, von der KPD unkontrollierte „Ersatzpartei“ für die verbotene KPD entstehen.

In dem Redemanuskript des Mitglieds des Politbüros der KPD, Max Schäfer, für die geplante Pressekonferenz am 8. Februar 1968 in Frankfurt/Main findet sich der Satz: „Wir wollen unser Programm durch die Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung verwirklichen.“ Dieser „Auftrag“ an die in der Bundesrepublik tätigen Kommunisten wurde offensichtlich nicht zur Zufriedenheit der Führung erfüllt.

KPD: Die Avantgarde sind wir!

Die KPD erhob und erhebt der „Außerparlamentarischen Opposition“ in der BRD gegenüber nachdrücklich ihren Führungsanspruch und kritisiert ebenso offen und scharf anarchistische, „antiautoritäre“, „ultralinke“, maoistische und ähnliche Gruppen und Strömungen innerhalb der APO. Die KPD, so wird argumentiert, dürfe in der öffentlichen Meinung auf keinen Fall mit solchen Tendenzen identifiziert werden.

Der kommunistische „Deutsche Freiheitssender 904“ verkündete am 10. Juni 1968: „Und diese breite Front kann doch nur zustandekommen, wenn sie eine führende Kraft hat, die mit einem wissenschaftlichen Programm ausgestattet ist, die in der Lage ist, all diese Erscheinungen wissenschaftlich zu analysieren — und das ist eben der Marxismus-Leninismus. Die APO braucht ein Zentrum — und dieses Zentrum kann nur die KPD sein! ... Es geht nicht darum, daß wir Kommunisten mit dem erhobenen Zeigefinger sozusagen alles besser wissen, sondern daß wir einfach durch die Kraft unserer wissenschaftlichen Lehre und damit durch die Kraft unserer besten Argumente mit dazu beitragen, den Klärungsprozeß

voranzubringen, daß wir klare Antworten auf klare Fragen geben können."

Publizistische Schützenhilfe erhielten und erhalten die westdeutschen Kommunisten bei der Anmeldung des Führungsanspruchs einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der „Außerparlamentarischen Opposition“ von der SED. So wird zum Beispiel der „Außerparlamentarischen Opposition“ in der Bundesrepublik im Theoretischen Zentralorgan des ZK der SED, „Einheit“, Nr. 8/68, klargemacht, daß der von der APO beschrittene Weg nur unter der Führung einer „kampferfahrenen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse“ zum Ziel führen kann.

In der internationalen KP-Monatsschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 15/68, berichtete ein Funktionär der KPD: „Ich glaube, daß es nicht übertrieben ist, wenn ich sage, daß sich in der Mehrzahl aller Aktionen und Demonstrationen seit der Ermordung Benno Ohnesorgs vor einem Jahr ein gutes Verhältnis entwickelt hat zwischen Kommunisten, Studenten und anderen demokratischen Kräften. Wir haben den größten Ostermarsch, seit es bei uns Ostermärsche gibt, mit ungefähr 300 000 Teilnehmern durchführen können. In dieser Bewegung arbeiten Kommunisten entscheidend auf allen Ebenen, besonders an der Basis, mit den verschiedenen Kräften zusammen. Wenn ich vorhin die Bildung von Ausschüssen erwähnt habe, in denen Arbeiter, Studenten und Schüler tätig sind, dann sind diese Ausschüsse häufig auf die Initiative unserer Genossen zurückzuführen.“

In einer längeren Abhandlung zum Thema „Revolutionärer Marxismus und der linke Revolutionarismus gestern und heute“ in der Ost-Berliner „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, Nr. 10/68, wird kritisch festgestellt: „Die internationale Arbeiterbewegung hat seit ihrer Existenz einen ständigen ideologischen und politischen Kampf gegen rechte und linke Abweichungen, gegen den Revisionismus von rechts und von links geführt... Es zeigt sich jedoch, daß verschiedene Ideen und Forderungen des Anarchismus heute in den Auffassungen des linken Revolutionarismus fortleben und in ihm einen zentralen Platz gefunden haben. Das betrifft die Negierung der historischen Mission der Arbeiterklasse, die Ablehnung der marxistisch-leninistischen Partei, die Forderungen nach einer führenden Rolle der Intelligenz bzw. kleiner revolutionärer Gruppen, putschistische Methoden u. a. ...“

Mit den folgenden Sätzen sollen besonders die Intellektuellen und Studenten in der Bundesrepublik angesprochen werden, bei denen „die Bildung der Großen Koalition zum Zusammenbruch mancher Illusionen über die Sozialdemokratie als Opponenten gegenüber dem staatsmonopolistischen System“ geführt habe: „Der einzig mögliche Ausweg ist für die Intelligenz und die Studenten der gemeinsame Kampf mit der Arbeiterklasse und die Aneignung des Marxismus-Leninismus. Es gibt in kleinen Gruppen der Intelligenz und der Studenten Ansätze und Versuche, eine marxistisch-leninistische Antwort auf die Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung zu finden. Verschiedene objektive und subjektive Faktoren hindern jedoch gegenwärtig noch die Mehrheit daran, zu solchen Erkenntnissen vorzudringen.“

Die Genossen der KPD und deren politische Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland kritisierend stellt die SED-Monatsschrift fest: „Das Begreifen der historischen Mission der Arbeiterklasse ist besonders in solchen Ländern wie Westdeutschland sehr erschwert, in denen durch den noch geringen Einfluß der kommunistischen Partei auf die Arbeiterklasse... die Arbeiterklasse ihrer Aufgabe, sich an die Spitze aller antiimperialistischen und progressiven Kräfte zu stellen und ihnen den Weg und das Ziel des gesellschaftlichen Fortschritts zu zeigen, bisher nicht gerecht wurde. Das Nichterkennen der historischen Mission der Arbeiterklasse und die fehlende Einsicht in die Notwendigkeit der marxistisch-leninistischen Partei als Vorhut der Arbeiterklasse hat Vertreter der jungen Intelligenz zu sektiererischen Auffassungen von ‚selbsternannten Avantgarden‘, die völlig autonom handeln und von keiner Zentrale organisiert werden, geführt... Es kann aber auch nicht verschwiegen werden, daß sich in der ‚Taktik der kleinen Gruppen‘ Züge von kleinbürgerlicher Spontaneität und Ungeduld bei der Lösung schwieriger und komplizierter Fragen zeigen. Die Lehre Lenins, daß die Revolution nur durch den Übergang breiter Volksmassen zur revolutionären Aktivität möglich ist, der vom Wirken objektiver Faktoren bestimmt ist, wird nicht verstanden.“

Die Ost-Berliner Hochschulzeitung „Forum“, Nr. 21/68, geht hart mit dem SDS („eine gespaltene Organisation ohne strategisches Ziel“) ins Gericht und fordert: „Man muß sich auf die Arbeiterklasse orientieren als die Hauptkraft der sozialistischen Revolution. Wer

sozialistische Politik verwirklichen will, muß unter den antiimperialistischen und demokratischen Kräften, deren konsequenteste Vertreter die Kommunisten sind, Bündnispartner suchen.“

Auf Umwegen zur DKP

Anfang Januar 1968 tagte in Frankfurt am Main ein Arbeitsausschuß zur Vorbereitung einer „Sozialistischen Februarkonferenz“ am 3. Februar 1968 in Offenbach am Main. Diesem Arbeitsausschuß gehörten Vertreter der „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“ (VUS), des „Sozialistischen Bundes“ (SB), der „Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition“ (ASO), der „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Sozialisten“ (ADS), der „Deutschen Friedensunion“ (DFU), des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) und — unabhängig davon, daß die meisten der genannten Organisationen ohnehin kommunistisch beeinflusst sind — des „Initiativausschusses für die Wiedenzulassung der KPD“ an. Der KPD-Funktionär Kurt Erlebach vom „Initiativausschuß“ wurde auf dieser Sitzung als Mitglied des Präsidiums der Offenbacher Konferenz bestimmt.

Die Kommunisten versuchten über ihre offiziellen Vertreter, die Offenbacher „Sozialistische Februarkonferenz“ von vornherein in ihrem Sinne zu beeinflussen und den Ablauf des Kongresses auf das kommunistische Gleis umzudirigieren. Diese Versuche scheiterten am Widerstand einiger Teilnehmergruppen, die drohten, den Kongreß platzen zu lassen. Die Kommunisten operierten recht flexibel und bemühten sich, die von ihnen angestrebte „Aktionseinheit“ nicht von vornherein durch taktisch falsche Züge zu gefährden.

Als Ergebnis der „Sozialistischen Februarkonferenz“ wurde am 3. Februar 1968 in Offenbach das „Sozialistische Zentrum“ (SZ) gegründet. Nach der in Ost-Berlin erscheinenden „Dokumentation der Zeit“ (2. Aprilheft 1968) waren zu der Konferenz „1 500 Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik und West-Berlin“ erschienen, die „die wichtigsten Gruppen der linksoppositionellen Kräfte repräsentierten, die lange Zeit getrennt voneinander gewirkt hatten“. Mit dem „Sozialistischen Zentrum“ sei in der Bundesrepublik eine „Sammlungsbewegung entstanden, die geeignet ist, die zahlreichen Gruppen und Gruppierungen der außerparlamentarischen Opposition zusammenzuführen, um den Aktionen gegen die Poli-

tik der Großen Koalition größere Schlagkraft zu verleihen.“

Das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, veröffentlichte am 9. Februar 1968 die Stellungnahme eines „Sprechers des ZK der KPD“ zur „Sozialistischen Februarkonferenz“. Danach erklärte der KPD-Funktionär — angeblich in Düsseldorf: „Wir Kommunisten betonen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller dieser Kräfte und lenken die Aufmerksamkeit der Sozialisten auf die Millionen Arbeiter und Bürger, die von der SPD beeinflusst werden, auf jene Massen von Werktätigen, die in den Gewerkschaften organisiert sind und von den Beschlüssen dieser ihrer Organisationen aus den Kampf gegen das herrschende System führen.“

Die sozialistischen Kräfte werden in dem Maße ihrer Rolle gerecht, wie sie es verstehen, sich mit diesen Massen zu verbinden und sie zu aktivieren für die Forderungen, die im Aktionsprogramm des Sozialistischen Zentrums enthalten sind.

Wir Kommunisten selbst haben in einigen Fragen, wie sie im Aktionsprogramm formuliert sind, andere oder weitergehende Auffassungen, sind aber der Meinung, daß diese Fragen wie die Rolle der sozialistischen Staaten im weltrevolutionären Prozeß, die Bedeutung der DDR für die Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus in der Bundesrepublik, in kameradschaftlicher Aussprache weiter geklärt werden müssen.“

Die Kommunisten sicherten sich sofort nach Gründung des Sozialistischen Zentrums einen Platz in der „Politischen Bürokommission“ (entspricht etwa dem Politbüro) durch Kurt Erlebach vom „Initiativausschuß für die Wiedenzulassung der KPD“ und außerdem mehrere direkte Stimmen in dem „Arbeitsausschuß“ (der etwa dem Zentralkomitee entspricht). In Wirklichkeit sind die Kommunisten in den Führungsgremien des „Sozialistischen Zentrums“ mit Hilfe etlicher dem SZ angehörender kommunistisch beeinflusster oder manipulierter Gruppen stärker vertreten. Trotzdem gelang es den Kommunisten nicht, das Konglomerat linkssozialistischer und pseudosozialistischer Strömungen, den „bunten Haufen ... enttäuschter oder von der SPD ausgeschlossener Sozialdemokraten, Schwarmgeister, denen der Blick für das Mögliche und Notwendige fehlt, potentieller Antidemokraten, denen das Grundgesetz nur ein Lippenbekenntnis ablockt“ (SPD-Pressedienst, 1. 2. 1968), in den

Griff zu bekommen und das „Sozialistische Zentrum“ zu einem kollektiven Koordinationszentrum und zu einem Wahlbündnis (unterhalb der Schwelle einer Parteigründung) „links von der SPD“ unter kommunistischer Führung zu entwickeln.

Selbst die Tatsache, daß der „Initiativausschuß für die Wiedenzulassung der KPD“ (auf diesem Wege der KPD-Apparat) mehr Geld in das SZ investierte als die anderen am „Sozialistischen Zentrum“ beteiligten Gruppen, konnte an dieser Entwicklung nichts ändern.

Die Kommunisten suchten sehr bald nach einer anderen Operationsbasis außerhalb des „Sozialistischen Zentrums“ und nach weiteren Möglichkeiten zur Schaffung eines Wahlbündnisses der „demokratischen und sozialistischen Kräfte auf möglichst breiter Grundlage“. Bereits im März 1968 hatten „15 bekannte Kommunisten Nordrhein-Westfalens“ erklärt: „Wir würden es für sinnvoll und für die politische Bewußtseinsbildung förderlich halten, beim Bundestagswahlkampf 1969 die außerparlamentarische Bewegung, die dann sicherlich doppelt notwendig sein wird, mit den Möglichkeiten des Kampfes um ihre entsprechende parlamentarische Repräsentation zu koordinieren... Wir treten... für ein Wahlbündnis demokratischer und sozialistischer Kräfte auf möglichst breiter Grundlage ein, das für alle Beteiligten die größten Erfolgchancen bietet, und sind bereit, uns an einem solchen Bündnis zu beteiligen.“

Die Unterzeichner dieses „an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verschickten Schreibens“ (nach einer Meldung der sowjetzonalen Nachrichtenagentur ADN vom 25. 3. 1968) erklärten sich bereit, „Erwägungen zu einer unabhängigen Kandidatur als Kommunisten zurückzustellen, wengleich eine solche Kandidatur den Interessen der Arbeiterschaft unmittelbar entspräche und auch das Bemühen um die Aufhebung des KPD-Verbots fördern würde.“

Bekannteste Unterzeichnerin dieses Schreibens war die ehemalige KPD-Bundestagsabgeordnete Grete Thiele, Mitglied des Zentralkomitees der KPD.

Im späten Frühjahr 1968 kam es dann — wohl-gemerkt trotz Bestehens des „Sozialistischen Zentrums“ — mit direkter und indirekter (über von der KPD gesteuerte Organisationen) Unterstützung der Kommunisten zur Gründung des „Gießener Kreises“, dem unter ande-

rem Vertreter der DFU, der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“, des „Bundes der Deutschen“ (BdD), des „Sozialistischen Bundes“ (SB) von Professor Abendroth, Marburg, der KPD (u. a. Grete Thiele) und — sozusagen als „Paradepferde“ — die Professoren Dr. Werner Hofmann, Marburg, und Dr. Helmut Ridder, Gießen, beitraten.

Der Stellvertretende Generalsekretär des BdD, Dr. Hans Brender (ehemals KPD-Funktionär bei der Landesleitung Schleswig-Holstein der KPD), verschickte am 24. Mai 1968 mit einem Anschreiben „Grundgedanken zum Aufruf zur Bildung eines Wahlbündnisses“, die auf einer Sitzung des „Gießener Kreises“ am 4. Mai 1968 erarbeitet worden waren. In dem Schreiben Dr. Brenders heißt es unter anderem: „Verschiedene Gruppen haben erklärt, daß sie zur Bundestagswahl mit einem Alternativprogramm zur Großen Koalition auftreten wollen und dabei ein Bündnis mit anderen demokratischen Kräften anstreben — so in letzter Zeit die DFU, der BdD und eine Gruppe von Kommunisten in Nordrhein-Westfalen.“

Auf einer Pressekonferenz am 1. Juli 1968 in Bonn unterbreitete der „Gießener Kreis“ der Öffentlichkeit einen „Aufruf zu einem Wahlbündnis für 1969“. Auf dieser Pressekonferenz beantwortete Prof. Hofmann unter anderem diese Frage: „Die KPD hat ihren eigenen Begriff von Demokratie. Ist dieser mit Ihrem eigenen identisch?“. Prof. Hofmann antwortete — selbstverständlich im Sinne seiner kommunistischen „Bündnispartner“ —: „Wir akzeptieren jeden Bündnispartner, der der Auffassung ist, daß die Demokratie erneuerungsbedürftig ist. Wir sind der Auffassung, daß die KPD mit ihrem neuen Programm, das in der Presse nicht veröffentlicht werden durfte, die Voraussetzungen zur Aufnahme in ein Wahlbündnis erfüllt.“

Innerhalb des „Sozialistischen Zentrums“ wurde den Kommunisten vorgeworfen, durch die intensive Mitwirkung am Aufbau des „Gießener Kreises“ ein Doppelspiel getrieben zu haben. Kurt Erlebach vom „Initiativausschuß für die Wiedenzulassung der KPD“, der prominenteste Vertreter der KPD im „Sozialistischen Zentrum“, verteidigte in Gesprächen mit Vertretern anderer am SZ beteiligter Gruppen die Bildung des „Gießener Kreises“. Erlebach behauptete, daß es sich dabei um ein Koordinationszentrum handele, das prüfen solle, ob und unter welchen Bedingungen auf breiter Grundlage eine Sammlungsbewegung für die Bundestagswahlen im Jahre 1969

geschaffen werden könne, die eine reale Chance hätte, mehr als fünf Prozent aller gültigen Stimmen zu erhalten.

Der Bundesgeschäftsführer der DFU, Pfarrer Heinrich Werner, behauptete in einer Presseerklärung vom 1. August 1968 (als „Antwort“ auf ein Interview des Bundesgeschäftsführers der SPD, Hans-Jürgen Wischniewski): „Wer glaubt, daß diese Unterordnung der SPD unter die CDU-Politik sich nur auf 2,5 Prozent der Wähler auswirken wird, der will die Wirklichkeit nicht sehen. Herr Wischniewski aber muß wissen, daß die Linke dabei ist, sich zu einigen und zu formieren... Die SPD muß sich der Tatsache stellen, daß 1969 ein linkes Wahlbündnis kandidieren wird, dessen Potential weit über 5 Prozent liegt.“

Erlebach behauptete in seinen Gesprächen mit „Bündnispartnern“ im SZ weiter, daß der „Gießener Kreis“ kein Konkurrenzunternehmen zum „Sozialistischen Zentrum“ darstelle und daß das SZ ohnehin nur *ein* Koordinationszentrum unter mehreren sei.

Immer wieder sahen sich die Vertreter der KPD im „Sozialistischen Zentrum“ im Laufe der Sommermonate des Jahres 1968 wegen der kommunistischen Initiative mit dem „Gießener Kreis“ heftiger Kritik ausgesetzt. So griffen Funktionäre des SDS in Gesprächen mit führenden Mitgliedern des SZ den „Gießener Kreis“ an und warfen dieser von der KPD initiierten Institution vor, nur Verwirrung innerhalb der „Außerparlamentarischen Opposition“ zu stiften. Wenn überhaupt, so argumentierten Vertreter des SDS, dann müsse sich eine solche sozialistische Gruppierung an den Bundestagswahlen 1969 beteiligen, die mit einem revolutionären Aktionsprogramm, das eine Alternative zu den Programmen der etablierten Parteien darstellen müsse, in den Kampf ziehe. Dabei ginge es in erster Linie darum, Widerstand gegen das „Establishment“ zu mobilisieren, und nicht darum, einen oder mehrere Abgeordnete in das Parlament zu entsenden.

Mitte 1968 zeigte sich immer deutlicher, daß die „Bündnispolitik“ der KPD — in der kommunistischen Agitation wird seit Anfang 1968 anstelle der altbekannten, abgenutzten Vokabel „Volksfrontpolitik“ fast nur noch der Terminus „Bündnispolitik“ verwendet — nicht die von der Führungsspitze der KPD in Ost-Berlin und die von der SED-Führung erhofften Erfolge brachte.

In diesem Zusammenhang muß jedoch nachdrücklich vor einer Fehleinschätzung gewarnt

werden. Obwohl der Einfluß des KPD-Apparates innerhalb der APO der Bundesrepublik im Laufe des Jahres 1968 nachließ, blieb die Wirkung der gegen die und in der Bundesrepublik Deutschland betriebenen, von der SED gesteuerten kommunistischen Infiltrationsarbeit im Bereich der APO durchaus erhalten. Der Infiltrationsapparat der SED verfügt neben dem KPD-Apparat noch über eine Reihe anderer „Transmissionsriemen“, über die von Ost-Berlin aus politische, personelle und finanzielle Infiltration betrieben wird.

Die Position, die Ausstrahlungskraft und die Einflußmöglichkeiten der Kommunisten im Bereich der „Außerparlamentarischen Opposition“ in der Bundesrepublik Deutschland wurden durch die militärische Intervention von fünf Staaten des Warschauer Paktes (d. h. von fünf kommunistisch beherrschten Staaten) in der Tschechoslowakei weiter — und nachhaltig — geschwächt und in manchen Teilbereichen sogar ernstlich gefährdet.

Wie die Funktionäre der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“, Dr. Arno Klönne (Paderborn) und Klaus Vack (Offenbach), in einer Erklärung feststellten, haben „nahezu alle Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition, darunter sämtliche linken Studentenverbände und die Kampagne für Demokratie und Abrüstung die Intervention der UdSSR und anderer Warschauer Paktstaaten in der CSSR verurteilt“. Dabei seien „klare Positionen bezogen worden, die jede falsche ‚Bündniseinheit‘ ausschließen: Entgegen den Wunschvorstellungen der Springerpresse hat die Außerparlamentarische Opposition vor aller Öffentlichkeit klargestellt, daß es bei ihrem Protest gegen die Intervention in der CSSR keine Gemeinsamkeiten gibt mit jenen politischen Kräften in der Bundesrepublik, die Rüstungs- und Notstandspolitik betreiben, die den Krieg der USA in Vietnam gutheißen und die sich von einer Liberalisierung der CSSR den Übergang dieses Staates in den Machtbereich der NATO erhoffen. Die Außerparlamentarische Opposition hat auch keinen Zweifel daran gelassen, daß sie weiterhin den Antikommunismus in der Bundesrepublik bekämpfen wird.“

Der KPD-Chef Max Reimann gab am 23. August 1968, zwei Tage nach Beginn der stalinistischen Strafexpedition gegen die CSSR, über den „Deutschen Freiheitssender 904“ eine prosovjetsche Erklärung ab, in der er die militärische Intervention rechtfertigte und abschließend seine „lieben Hörerinnen und Hö-

rer" und die „lieben Freunde und Genossen“ beschwört: „Ich appelliere an alle Bürger der Bundesrepublik, vor allem an die Gewerkschafter, an die Sozialdemokraten, an die Angehörigen der APO, die Tatsachen und Hintergründe zu prüfen und sich nicht durch die Hysterie der Regierungspropaganda beeinflussen und für die Interessen der deutschen Imperialisten ausnutzen zu lassen. Vergessen wir nicht, bei allen Meinungsverschiedenheiten, die es über die Beurteilung der Ereignisse in der CSSR auch geben mag, daß es uns gemeinsam aufgegeben ist, wachsam zu sein. Wir müssen verhindern, daß hinter dem Wall von antikommunistischer Propaganda die herrschenden Kreise ihre Aufrüstung verstärken und die Unterdrückung der oppositionellen Kräfte verschärfen. Was not tut, ist der gemeinsame Kampf für eine Wende in der westdeutschen Politik.“

Doch die Auseinandersetzungen über die militärische Intervention fünf kommunistischer Staaten in der CSSR gingen weiter und drohten die KPD — die ergeben und „knechtselig“ (dieser Ausdruck stammt von Dr. Kurt Schumacher, dem 1. Vorsitzenden der SPD von 1945 bis 1952), von der SED beaufsichtigt, auf dem prosowjetischen Weg dahintrottete — immer mehr zu isolieren und deren Einflußmöglichkeiten in der APO der Bundesrepublik mehr und mehr einzuengen. Es wird noch zu berichten sein, daß die DKP — wie in vielen anderen Fragen — zur militärischen Intervention der fünf Staaten des Warschauer Paktes in der CSSR die gleiche Haltung wie die KPD einnimmt.

An anderer Stelle war bereits darauf hingewiesen worden, daß seit Anfang 1968 — verstärkt in den frühen Sommermonaten des Jahres 1968 —, in der Führungsspitze der KPD, parallel zu der ständig wiederholten Forderung nach Wiedezulassung der KPD, streng geheim gehaltene Vorbereitungen zur Neugründung bzw. Neukonstituierung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik stattfanden. In der obersten Führungsspitze der KPD war man sich darüber klargeworden, daß nunmehr eine legale kommunistische Partei politisch tätig werden müsse, um den Führungsanspruch der Kommunisten innerhalb der APO durchzusetzen und die APO bzw. entstehende Wahlbündnisse nicht auf Wege geraten zu lassen, die nicht kommunistischen Vorstellungen entsprechen. Schließlich fuhren im Sommer 1968 mehrere Spitzenfunktionäre der KPD in Übereinstimmung mit der SED-Führung nach

Moskau, wo sie von der KPdSU das Plazet für die Neukonstituierung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland erhielten. Lediglich die Ereignisse in der CSSR bremsen die weitere Entwicklung vorübergehend ab und ließen es der KPD-Führung opportun erscheinen, erst Ende September 1968 die Öffentlichkeit und selbst den größten Teil des KPD-Apparates mit dem Plan der Neukonstituierung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik zu überraschen.

Am 22. September 1968 fand in Frankfurt am Main eine Konferenz führender Vertreter der zum „Sozialistischen Zentrum“ gehörenden Gruppen statt. Diese Konferenz stand von Anfang an wegen der CSSR-Frage unter dem Zeichen heftigster Kontroversen. Gelegentlich drohten die Auseinandersetzungen sogar in Handgreiflichkeiten auszuarten. Sehr schnell zerfiel die Konferenz in zwei Lager: Auf der einen Seite standen die Kommunisten und die mit ihnen bzw. ihrer Einstellung zur Intervention sympathisierenden Gruppen und Einzelpersonen, auf der anderen Seite die Gruppen und Einzelpersonen, die die Befürwortung der militärischen Intervention in der CSSR durch die KPD scharf verurteilten. In tumultartigen Szenen warfen sich beide „Flügel“ gegenseitig vor, die Einheit und Geschlossenheit des „Sozialistischen Zentrums“ und damit möglicherweise der „Außerparlamentarischen Opposition“ zu zerstören. Schließlich zogen die Kommunisten und die mit ihnen Sympathisierenden (bzw. die von ihnen Abhängigen) unter Protest aus dem Konferenzraum. Das war — nur ein Zufall? — vier Tage vor der Veröffentlichung der „Erklärung des Bundesausschusses zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“.

In einer offiziellen, nach Gründung der DKP veröffentlichten „Verlautbarung des Sozialistischen Zentrums“ werden der Verlauf der Sitzung des „Arbeitsausschusses“ des SZ am 22. September 1968 und die sich aus dieser Konferenz ergebenden Konsequenzen so geschildert: „Im Arbeitsausschuß, dem Vertreter der einzelnen sozialistischen Gruppen und Organisationen sowie kommunistische Mitglieder des Initiativausschusses (für die Wiedezulassung der KPD) angehören, zeigten sich unterschiedliche und gegensätzliche Beurteilungen der Ereignisse und der Intervention in der CSSR...“

Aufgrund des Kartellcharakters des Sozialistischen Zentrums wurde bislang im Arbeitsaus-

schuß bei politischen Erklärungen und Beschlüssen ein sogenanntes Vetorecht praktiziert, um bei wichtigen Entscheidungen ein Überstimmen eines Partners zu verhindern . . . Das zwang den Arbeitsausschuß dazu, jeweils eine gemeinsame Linie bzw. einen Kompromiß zu finden. Am 22. September erwies sich auch das als nicht möglich . . . Das Büro des Sozialistischen Zentrums gelangte deshalb in einer Diskussion am 2. Oktober 1968 zu der Feststellung, daß das Sozialistische Zentrum sich bisher weder als eigenständig auftretende Aktionsgemeinschaft entwickeln konnte, noch, daß das beabsichtigte und notwendige Maß an gegenseitiger Information und Kooperation erreicht wurde. Darüber hinaus erschwerten die Meinungsverschiedenheiten und das praktizierte Vetorecht gemeinsame Willenserklärungen, bis hin zur völligen Unmöglichkeit in der Sitzung am 22. September . . .

Im Büro des SZ wurden daraufhin und aus Anlaß der Neukonstituierung der DKP die Mög-

lichkeiten und Formen der weiteren Existenz und Arbeit des Sozialistischen Zentrums erörtert . . . Im Kern geht es dabei, wie das Büro erklärte, um die Möglichkeiten der Fortführung des Sozialistischen Zentrums

1. als *Diskussionforum* der verschiedenen sozialistischen Gruppen und Organisationen unter Einschluß kommunistischer Genossen, also im Grunde einer Fortführung wie bisher . . . oder
2. als Diskussions-, Kooperations- und Aktions-Zentrum (*nichtkommunistischer*) sozialistischer Kräfte, das allerdings a) einer wesentlichen organisatorischen und politischen Stärkung bedürfte und b) die allgemein als notwendig erachtete Diskussion mit den kommunistischen Genossen auf einer anderen Ebene (etwa zwischen dem SZ und der DKP) führt . . .

(Informationen des Sozialistischen Zentrums, EXTRA/Nr. 9/68.)

III. Weg und Ziel

Die DKP tritt ans Licht

Am 26. September 1968 wurde von dem Mitglied des ZK der illegalen KPD, Kurt Bachmann, in Frankfurt am Main eine Pressekonferenz veranstaltet, auf der die „Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“ vom 22. September 1968, unterzeichnet vom „Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“, veröffentlicht wurde (siehe Anhang/Dokumente). Mit dieser Erklärung wurde der Öffentlichkeit — auch dem „Fußvolk“ des KPD-Apparates — bekanntgegeben, daß „die Unterzeichner dieser Erklärung in der Bundesrepublik Deutschland eine Kommunistische Partei neu konstituiert haben“.

Sofort nach der Pressekonferenz trat ein aus fünf Funktionären der illegalen KPD bestehender DKP-„Arbeitsausschuß“ in Funktion (inzwischen auf neun erweitert). Der „Arbeitsausschuß“, der etwa dem „Sekretariat beim Parteivorstand der KPD“ entspricht, hat die Aufgabe, zunächst bis zum ersten Parteitag der DKP alle mit dem Auf- und Ausbau der Parteiorganisation auf Bundesebene zusammenhängenden Fragen zu klären und die Geschäfte der DKP auf Bundesebene zu führen. Als Mitglie-

der des „Arbeitsausschusses“ wurden zunächst Kurt Bachmann, Kurt Erlebach, Josef Mayer, Ludwig Müller und Karl-Heinz Noetzel bestimmt.

Viele Mitglieder der KPD bzw. des KPD-Apparates kritisierten in parteiinternen Auseinandersetzungen die — für sie unverhoffte — Gründung der DKP. Diese Kritiker erklärten unter anderem, die Parteiführung habe in der Frage der Neugründung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik plötzlich ihre Haltung geändert, ohne davon die Funktionäre und Mitglieder im Bundesgebiet vorher zu informieren. Andere Kritiker wiesen darauf hin, daß sie Mitglieder der KPD seien und nicht einsähen, weshalb sie jetzt einer anderen kommunistischen Partei beitreten sollten. Wieder andere bezweifelten sogar, daß es sich bei der DKP um eine „richtige“ kommunistische Partei handelt. Solche und andere Kritiker aus dem „Fußvolk“ der KPD wurden von DKP-Funktionären aufgefordert, „umzudenken“; außerdem könne später, wenn die Reaktion der Bundesregierung und der westdeutschen Öffentlichkeit auf das Auftreten einer legalen kommunistischen Partei — eben der DKP — bekannt sei, die Bezeichnung DKP in KPD umgewandelt werden.

Die DKP gibt sich „selbständig“ ...

Um nicht von vornherein als Ersatz- oder Nachfolgeorganisation der illegalen KPD in die Verbotzone zu geraten, bemühte sich die DKP von Beginn ihrer Tätigkeit an, in ihrem Auftreten und in ihrer Agitation alles zu vermeiden, was eine Fortsetzung der verfassungswidrigen Ziele der verbotenen KPD offenkundig werden lassen könnte. Dieses vorsichtige Taktieren zeigt sich besonders in der programmatischen „Erklärung zur Neukonstituierung“ der DKP, auf die an anderer Stelle noch näher eingegangen werden wird.

Das in erster Linie taktisch bedingte, von verfassungsrechtlichen Überlegungen diktierte Bemühen der Kommunisten, die DKP zumindest optisch von der verbotenen KPD abzurücken, zeigte sich auch in der Erklärung des KPD-Chefs Reimann auf dessen Pressekonferenz am 19. November 1968 in Düsseldorf.

Reimann erklärte zur „Neukonstituierung“ der DKP: „In meinem Antwortschreiben an die Deutsche Kommunistische Partei habe ich ausdrücklich diesen Schritt begrüßt. Ich wünsche der Deutschen Kommunistischen Partei viel Erfolg in ihrem politischen Wirken für die Interessen der Arbeiterklasse, der Jugend und aller Werktätigen, für eine friedliche, demokratische Entwicklung der Bundesrepublik, zur Verständigung mit der DDR und allen Nachbarstaaten unseres Landes. Ich wünsche ihr viel Erfolg im Ringen um ihre weitergehenden Ziele, die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik.“

In einem Interview („Stuttgarter Zeitung“, 2. 10. 1968) erklärte der „Sprecher“ des „Arbeitsausschusses“ der DKP, Kurt Bachmann: „Wir teilten ihm (Max Reimann — H. Bw.) am Wochenende brieflich mit, daß wir uns neukonstituiert haben. Doch ob er uns akzeptiert und ob er zurückkehren will, das werden wir erst wissen, sobald eine Antwort von ihm eingetroffen ist. Bisher haben wir noch nichts gehört. Weder von ihm persönlich noch überhaupt von Ost-Berlin.“

Am 1. Oktober 1968 wurde in Düsseldorf das Antwortschreiben Max Reimanns veröffentlicht, in dem der KPD-Chef den Eingang der Mitteilung über die Neukonstituierung einer kommunistischen Partei bestätigt. Er, Reimann, habe „mit großem Interesse von der Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei Kenntnis (genommen), die der Ausschuß auf der Pressekonferenz am 26. 9. 1968 der

Öffentlichkeit übergeben hat.“ (Nach ADN, Düsseldorf, 1. 10. 1968.)

Welch ein groteskes Schauspiel wird hier geboten — ein Schauspiel, hinter dem sich eine wohl durchdachte, durch Überlegungen verfassungsrechtlicher, politischer und psychologischer Art bestimmte Taktik verbirgt. Dieses — für die DKP lebensnotwendige — Taktieren erklärt auch, daß der scheinbare Zwiespalt zwischen Neugründung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland einerseits und dem Beharren auf der Forderung nach Wiedezulassung der verbotenen KPD andererseits in Wirklichkeit ein Teil der Taktik ist, die zum Ziel hat, optisch den Eindruck zu erwecken: Die DKP hat mit der KPD nichts zu tun.

In diesem Zusammenhang ist ein Artikel in der Ost-Berliner Zeitschrift „Horizont — Sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft“ (Nr. 5/68, 1. Dezemberheft 1968) interessant. Dieser Artikel ist die Antwort auf die angebliche Anfrage eines Lesers aus Dresden, der wissen möchte, wie „eigentlich die Stellung“ von DKP und KPD „zueinander ist“. „Warum“, so wird weiter gefragt, „fährt Genosse Reimann nach Westdeutschland, um mitzuhelfen, eine Aufhebung des KPD-Verbotes zu erwirken, wo doch nunmehr eine DKP besteht?“

Die SED-Zeitschrift „Horizont“ antwortete unter anderem: „Die DKP (ihr endgültiger Name wird auf dem 1. Parteitag festgelegt) ist die derzeitige einzige legale westdeutsche Partei, die sich zum Marxismus-Leninismus und zu den besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung bekennt. Angesichts der Tatsache, daß die KPD bereits mehr als 12 Jahre unter den erschwerten Bedingungen der Illegalität kämpft und der Druck der öffentlichen Meinung noch nicht zu einer Aufhebung des Verbotsurteils führte, gewinnt die Neukonstituierung einer kommunistischen Partei auf dem Boden des Bonner Grundgesetzes an besonderer Bedeutung. Die DKP ist jedoch weder eine ‚Ersatzpartei‘ noch eine organisatorische Fortsetzung der KPD. Alle Gremien, von der untersten bis zur zentralen Leitung, wurden neu konstituiert.“

Was die Stellung der DKP und der KPD zueinander betrifft, so wurde von der Führung der KPD die Gründung der Bruderpartei begrüßt, Führung und Mitglieder der DKP wiederum unterstützen den Kampf der KPD um die Aufhebung des widerrechtlichen Verbotsurteils

und die völlige Wiederherstellung ihrer Legalität.

Haben beide Parteien ein und dasselbe Programm? Nein, denn es handelt sich um zwei eigenständige, selbständige Parteien. Ein Programm hat bisher nur die KPD, während Programm und Statut der DKP erst auf dem Parteitag beschlossen werden... Gemeinsam ist also beiden Parteien nicht das Programm, wohl aber die Forderung nach einer Alternative zur antidemokratischen, volksfeindlichen Bonner Politik, gemeinsam ist ihnen der Marxismus-Leninismus als die weltverändernde Kraft unseres Jahrhunderts, gemeinsam ist ihnen das Bestreben, alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik gegen die drohenden Gefahren von rechts zu einen, damit von Westdeutschland nicht ein neuer Krieg ausgeht...

... Dieser Kampf (um die Wiedezulassung der KPD — H. Bw.) — der seit nunmehr 12 Jahren währt — wird verstärkt fortgesetzt und erhält die volle Unterstützung der DKP... Die Aktionen um die Aufhebung des Terrorurteils (des Verbots der KPD — H. Bw.) bilden ein Stück des Klassenkampfes zwischen den demokratischen Kräften Westdeutschlands und der Diktatur der Monopole. Dieser Kampf geht weiter. Die KPD hat dabei in den Funktionären und Mitgliedern der DKP enge Verbündete, aber keinen ‚Ersatz‘ für ihre Partei. Beide Parteien — und das muß hier noch einmal nachdrücklich unterstrichen werden — sind absolut selbständig. *Die westdeutschen Kommunisten selbst werden darüber zu entscheiden haben, ob und wann sie eine Vereinigung ihrer Parteien für gegeben halten.*“ (Hervorhebungen d. H. Bw.)

Auch in einer vom „Bundesausschuß der neukonstituierten Kommunistischen Partei“ herausgegebenen, als Arbeitsmaterial konzipierten Broschüre wird versucht, der DKP das Image einer von der KPD unabhängigen, selbständigen Partei zu geben. Die folgenden Zitate aus dieser Broschüre sollen das verdeutlichen:

Stichwort: Warum Neukonstituierung?

„Von ‚Neukonstituierung‘ sprechen wir, weil wir damit deutlich machen wollen, daß wir in keinem Fall die politischen Bedingungen akzeptieren, die von verschiedenen Seiten mit dem Begriff ‚Neugründung‘ verbunden worden sind. Nach dem Grundgesetz ist die Bildung politischer Parteien bekanntlich frei. Das be-

deutet, daß nur die Mitglieder über Programm und Tätigkeit einer Partei bestimmen können.“

Stichwort: Verhältnis zur KPD

„... Sie ersehen jedoch bereits aus der Erklärung, daß wir uns zum wissenschaftlichen Sozialismus, zu den Ideen von Marx, Engels und Lenin bekennen und die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, der Tradition Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns, der Tradition des antifaschistischen Widerstandskampfes in uns aufnehmen wollen, während wir uns gleichzeitig konsequent auf den Boden des Grundgesetzes stellen. Eine Fortsetzung im Sinne einer Ersatzorganisation für die verbotene KPD aber scheidet selbstverständlich aus...“

... Wir formulieren unsere politische Aussage unabhängig davon, ob sie mit der Aussage irgendeiner anderen politischen Gruppierung in oder außerhalb der Bundesrepublik übereinstimmt oder nicht, und zwar allein nach dem Gesichtspunkt, was wir für politisch richtig halten. Wir werden uns nicht davon abhalten lassen, richtige politische Erkenntnisse auszusprechen, weil sie auch von anderen, etwa von der KPD, ausgesprochen worden sind...“

Stichwort: Stellung zum KPD-Programm-entwurf

„... Wir haben bereits gesagt, daß wir den Programmentwurf der KPD für ein wichtiges Dokument halten... Welche Entscheidung allerdings die KPD hinsichtlich Fortexistenz ihrer Organisation treffen wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir sind weder befugt noch in der Lage, für die verbotene KPD irgendwelche Erklärungen abzugeben. Sicher ist jedenfalls, daß sich unsere Partei mit aller Kraft für die Aufhebung des KPD-Verbots und aller anderen Verfolgungsmaßnahmen gegen demokratische und fortschrittliche Kräfte in der Bundesrepublik einsetzen wird.“

Stichwort: Mitgliedschaft

„Frage: Werden Sie Mitglieder und Funktionäre der verbotenen KPD in ihre Partei aufnehmen?“

Antwort: Wir haben nicht die Absicht, bei jeder Neuaufnahme zunächst beim Verfassungsschutz anzufragen, ob die oder der Betreffende eventuell in Verdacht steht, Mitglied der illegalen KPD zu sein. Wir stellen für die Mitgliedschaft in unserer Partei keine andere Bedingung als die Anerkennung der Grundge-

danken unserer Erklärung zur Neukonstituierung, später des vom Parteitag beschlossenen Programms und Statuts . . ."

Stichwort: Max Reimann

"... Max Reimann und andere führende Funktionäre der verbotenen KPD gehören diesem Kreis (dem Bundesausschuß der DKP — H. Bw.) nicht an... Die Frage der Mitgliedschaft beantworten wir für führende Funktionäre der KPD nicht anders als für deren Mitglieder..."

Stichwort: KPD-Mitgliedschaft

"Frage: Waren Sie selbst bisher Mitglieder der verbotenen KPD?"

Antwort: Wir weisen jeden Versuch, irgendeine illegale Verbindung zwischen der neukonstituierten Kommunistischen Partei und der verbotenen KPD zu konstruieren, entschieden zurück. Im Bundesausschuß sind frühere Mitglieder der KPD und auch Mitstreiter, die neu dazugekommen sind. Als Kommunisten haben wir in der Vergangenheit aktiv in den verschiedensten demokratischen Bewegungen mitgearbeitet, und das werden wir auch weiter tun. Außerdem sind wir alle Mitglied einer Gewerkschaft."

Stichwort: Name der Partei

"Wir meinen, daß der Name unserer Partei (Deutsche Kommunistische Partei — H. Bw.) den politischen und nationalen Bedingungen, unter denen heute die Neukonstituierung erfolgt, entsprechen sollte. Wir berücksichtigen dabei, daß es mittlerweile in Deutschland zwei unterschiedliche deutsche Staaten gibt, die aller Voraussicht nach noch lange Zeit nebeneinander fortexistieren werden. Wir sind deutsche Kommunisten, aber unsere Partei wirkt ausschließlich in der Bundesrepublik, nicht auf dem Territorium beider deutscher Staaten. Die Bezeichnung 'Deutsche Kommunistische Partei' ist ein Vorschlag."

Die endgültige Entscheidung hat der Parteitag zu treffen. Außerdem haben wir die alte Bezeichnung KPD nicht übernommen, weil wir jede bequeme Demagogie für jene, die uns gegenüber Verbotsabsichten hegen, unterbinden möchten."

Stichwort: Gegensatz zu Ulbricht?

"Frage: Können Sie sich vorstellen, daß Sie jemals in Gegensatz zur Politik Ulbrichts geraten könnten?"

Antwort: Offen gestanden: nein... Es scheint uns nicht der Sinn oder ein Richtpunkt sozialistischer Politik in der Bundesrepublik zu sein, daß man danach strebt, mit Walter Ulbricht in Gegensatz zu kommen... Das berührt selbstverständlich in keiner Weise den Grundsatz, daß wir unsere Politik in der Bundesrepublik selbständig und auf der Grundlage unserer eigenen Grundsätze, Erkenntnisse und Erfahrungen entwickeln."

In diesem Zusammenhang ist die nachstehend zitierte Passage aus einem Interview des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ mit dem Mitglied des „Arbeitsausschusses“ der DKP, Kurt Erlebach, interessant („Der Spiegel“, Nr. 43/68 vom 21. 10. 1968):

„*Spiegel*: Wir können uns nicht erinnern, daß die KPD jemals betont hat, sie habe eigene Standpunkte entwickelt. Die Frage nach der Unabhängigkeit deutscher Kommunisten reduziert sich auf die Erfahrung, daß die KPD noch niemals einen von der Sowjetunion abweichenden Standpunkt eingenommen hat — was vernünftig wäre, wenn die Sowjets immer eine vernünftige Politik gemacht hätten."

Erlebach: Das ist eben die Frage.

Spiegel: Wird ein Mitglied der DKP offene Kritik an der Sowjetunion üben können?

Erlebach: Das wage ich insofern zu bezweifeln, als ich von einem Mitglied unserer Partei erwarte, daß es eine positive Haltung zur Sowjetunion einnimmt. Ich wüßte auch nicht, warum wir der Politik der KPdSU widersprechen sollten."

... doch was ist hinter der Fassade?

Die seit Gründung der DKP angestellten Analysen des organisatorischen und personellen Aufbaus sowie der Finanzierung der DKP lassen die von den Kommunisten vor der DKP aufgebaute Fassade recht rissig und durchscheinend werden. Vieles spricht dafür, daß es sich bei der DKP um einen legalisierten, geschickt auf dem Boden des Grundgesetzes lavierenden Teil der verbotenen KPD bzw. des KPD-Apparates handelt — oder, um ein anderes Bild zu wählen: um die sichtbare Spitze des „Eisberges“ KPD (denn — darauf muß nachdrücklich hingewiesen werden — der illegal, konspirativ tätige „Apparat“ wird, kommunistischer Taktik entsprechend, trotz des Bestehens einer legalen kommunistischen Partei in der BRD existent und tätig bleiben).

Nachstehend einige Fakten, die das Bild der DKP als eine von der verbotenen KPD bzw. dem KPD-Apparat völlig unabhängige Partei in starkem Maße zweifelhaft erscheinen lassen:

1. Der Gründungsausschuß bzw. der Bundesausschuß der DKP, der die „Erklärung des Bundesausschusses zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“ unterschrieben hat, besteht aus 31 Personen. Von diesen sind den Staatsschutzbehörden des Bundes und der Länder bekannt:

Fünf als Mitarbeiter bzw. Funktionäre des Zentralkomitees der KPD;

20 als Mitarbeiter des illegalen KPD-Apparates auf Bezirks- bzw. Kreisebene;

drei als Angehörige des SDS, von denen sich mindestens einer nach vorliegenden Erkenntnissen für die bzw. im Sinne der verbotenen KPD betätigt hat;

zwei, die in der Vergangenheit zumindest sympathisierenden Kontakt zur verbotenen KPD hatten.

Lediglich ein Mitglied des 31köpfigen Bundesausschusses der DKP war vor seinem Auftreten in diesem Ausschuß politisch nicht in Erscheinung getreten.

2. Innerhalb kurzer Zeit nach der Gründung der DKP hatten sich in allen Bundesländern sogenannte „Landesausschüsse“ der DKP gebildet. Diese zehn Landesausschüsse (in West-Berlin gibt es die DKP nicht) hatten Ende 1968 insgesamt 336 Mitglieder. Von diesen 336 Landesausschußmitgliedern der DKP

gehörten vor dem Verbot der KPD an: 236 (= ca. 70 %)

gehörten nach dem Verbot der KPD bzw. deren illegalen Apparat an: 278 (= ca. 80 %)

wurden nach Auflösung der KPD wegen verbotener Tätigkeit für die KPD verurteilt: 72 (= ca. 20 %)

waren nach dem Verbot der KPD in kommunistischen Hilfs- oder Tarnorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland tätig: 286 (= ca. 85 %)

3. Wie unter anderem die Zeitung „Die Welt“ am 29. Oktober 1968 feststellte, „kommt nach den Ermittlungen der Sicherheitsbehörden

finanzielle Unterstützung für die DKP-Gremien aus Ost-Berlin“.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß sich die finanziellen Zuwendungen der SED an die 16 Bezirksorganisationen der verbotenen KPD 1968 auf insgesamt zirka 800 000 DM monatlich (!) allein für die Basisfinanzierung (ohne Sonderaktionen, Kosten für die Parteischulung, Druckkosten für die beiden illegal vertriebenen KPD-Organen „Freies Volk“ und „Wissen und Tat“, etc.) beliefen. Es liegen bereits sehr „harte“ Informationen darüber vor, daß ein Teil dieser Gelder, als „Spenden“ getarnt, nunmehr der DKP zufließt.

„Die Welt“ vom 29. Oktober 1968 berichtet darüber: „Das Geld erhält ein Vertrauensmann des illegalen Apparates, der es an die einzelnen Mitglieder zu verteilen hat. Sie erscheinen dann als Gründungsgenossen der DKP und zahlen in der Versammlung die ihnen überlassenen Beträge spontan als Spende in die Parteikasse ein.“

Der DKP-Sprecher Kurt Bachmann wies derartige Behauptungen als „kindisch“ zurück und behauptete, die DKP würde durch „Spenden und nochmals Spenden“ finanziert werden („Stuttgarter Zeitung“, 2. 10. 1968).

DKP betrachtet sich als „notwendig“

In den Tagen und Wochen nach der Konstituierung der DKP begründeten zahlreiche Sprecher und Funktionäre dieser Partei und der KPD die „Notwendigkeit“ der „Neukonstituierung einer kommunistischen Partei“ in der Bundesrepublik Deutschland.

So Kurt Erlebach (Mitglied des „Initiativ Ausschusses für die Wiederezulassung der KPD“ und Mitglied des „Arbeitsausschusses“ der DKP): „Der Initiativ Ausschuß hat unmittelbar nach Bekanntwerdung der Neukonstituierung einer kommunistischen Partei Stellung genommen und diese Initiative begrüßt. Wir sind ja in unserer ganzen Tätigkeit davon ausgegangen, daß es notwendig ist, in der Bundesrepublik auch den Bürgern mit kommunistischer Gesinnung und solchen, die eine kommunistische Partei haben wollen, die freie Betätigung zu geben. Unseres Erachtens nach ist also mit der Neukonstituierung ... ein erster Schritt dazu getan.“ (Zitiert nach: Deutschlandsender Ost-Berlin, 4. 10. 1968.)

Willi Bechtle (Chefredakteur der kommunistischen Wochenschrift „offen und frei“, Stuttgart): „Wir haben schon lange die Auffassung

vertreten, daß die Existenz einer legalen kommunistischen Partei, die an der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik teilnimmt, eine Lebensnotwendigkeit vor allem für die arbeitende Bevölkerung ist. Nach der Unterordnung der SPD-Führung unter die CDU/CSU gab es bisher tatsächlich in der Bundesrepublik keine legale politische Partei mehr, die für die demokratischen Gegenwartsinteressen der Bevölkerung konsequent eintrat und die Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse in eine sozialistische Zukunft anstrebte... Eine neukonstituierte legale kommunistische Partei, eine Partei der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes, entspricht einem brennenden Erfordernis, damit eine Änderung der jetzigen Politik in der Bundesrepublik herbeigeführt werden kann." (Zitiert nach einer ADN-Meldung vom 6. 10. 1968.)

Georg Polikeit (Mitglied des Bundesausschusses der DKP und Chefredakteur des kommunistischen Informationsdienstes „Bonner Korrespondenz“): „Wir haben eine kommunistische Partei neu konstituiert, weil wir dies für politisch notwendig halten und weil der Zeitpunkt uns dafür reif erschien. Die politische Notwendigkeit ergibt sich aus der immer schärferen Rechtsentwicklung und aus der Tatsache, daß gerade in dieser Situation in der Bundesrepublik keine legale marxistische Partei der Arbeiterklasse vorhanden war.“ (Zitiert nach einer ADN-Meldung vom 11. 10. 1968.)

Max Schäfer (Mitglied des Bundesausschusses der DKP): „Das Vermächtnis der fünfzigjährigen Geschichte seit der Gründung der KPD (am 31. 12. 1918 — H. Bw.) bedeutet für die Bundesrepublik, durch das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse und aller Demokraten, den Rechtskurs zu stoppen, den Frieden zu sichern und durch die Herstellung demokratischer Verhältnisse die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen.“ Um dieses Ziel zu erreichen, so meinte Schäfer in einem Interview mit dem Bonner ADN-Korrespondenten, brauche die Bevölkerung der Bundesrepublik die DKP als marxistische Partei der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes. (Zitiert nach einer ADN-Meldung vom 23. 12. 1968.)

Aus Moskau kam eine Reihe offizieller zustimmender Erklärungen zur Konstituierung der DKP. Die SED leistet seit der DKP-Gründung umfangreiche publizistische und agitatorische Schützenhilfe durch zahlreiche Veröffentlichungen (ADN-Meldungen, Artikel im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“

usw.) sowie durch zustimmende Äußerungen führender SED-Funktionäre. Im Anhang sind die wichtigsten Auszüge aus einer Diskussionsrede von Hermann Matern, Mitglied des Politbüros der SED, zum Thema „Zur Strategie und Taktik der Deutschen Kommunistischen Partei“ auf der Ende Oktober 1968 stattgefundenen 9. Tagung des Zentralkomitees der SED zu finden.

Das vorläufige Programm der DKP

Die auf der Frankfurter Pressekonferenz vom 26. September 1968 vorgelegte „Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“ ist zwar noch nicht das endgültige „Programm“ der DKP (das auf dem ersten Parteitag verabschiedet werden soll). Diese „Erklärung“ enthält jedoch programmatisch die wesentlichsten ideologischen und politischen Leitlinien der Konzeption der DKP. Allerdings werden alle Wendungen vermieden, die eine Fortsetzung der verfassungswidrigen Ziele der KPD offensichtlich werden lassen, ohne sich in der Sache von der kommunistischen Orthodoxie zu entfernen. Dies zeigt auch ein Vergleich dieser „Erklärung“ mit dem Anfang 1968 von der illegalen KPD vorgelegten Entwurf eines Parteiprogrammes. Die Passagen und Vokabeln des Programmentwurfes der KPD, die Anfang 1968 als Anzeichen für die nach wie vor aufrechterhaltenden Bindungen der KPD an die vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig bezeichneten Bestrebungen zitiert werden konnten, werden in der „Erklärung“ der DKP vermieden.

Während der Programmentwurf der KPD noch vor der engen Kampfgemeinschaft zwischen KPD und SED und der gemeinsamen marxistisch-leninistischen Weltanschauung sprach, heißt es in der Erklärung der DKP nunmehr: „Mit der SED fühlen wir uns durch den Marxismus und die gemeinsamen Traditionen verbunden.“

Der im Programmentwurf der KPD mehrmals angeführte Begriff „Marxismus-Leninismus“ fehlt in der „Erklärung“ überhaupt (wird jedoch nach Veröffentlichung der „Erklärung“ von führenden DKP-Funktionären in bezug auf den politischen Standort der DKP immer wieder verwendet!); ebenso wird die Formel „demokratischer Zentralismus“ in der DKP-„Erklärung“ im Unterschied zum Programmentwurf der KPD nicht gebraucht.

An anderer Stelle erklären die Gründer der DKP, sie wollten die Ideen von Marx, Engels

und Lenin zur Grundlage ihres Handelns machen. Es fehlt die Berufung auf Stalin, die im Statut der KPD noch enthalten war. Ein im Programmentwurf der KPD von Anfang 1968 enthaltener Hinweis auf die Diktatur des Proletariats fehlt in der „Erklärung“ der DKP. Hierzu ist anzumerken, daß sich führende DKP-Funktionäre nach der Konstituierung der Partei — wie bereits erwähnt — eindeutig zum Marxismus-Leninismus bekannten und bekennen und die DKP als eine marxistisch-leninistische Kampfpartei klassifizieren. Damit wird auch die „Diktatur des Proletariats“ anerkannt. Lenin schrieb in „Staat und Revolution“ (Ausgewählte Werke, Stuttgart 1952, Band II, Seite 182): „Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt.“

Das Bundesverfassungsgericht stellte in dem Verbotsurteil gegen die KPD vom 17. August 1956 eindeutig fest: „Die Diktatur des Proletariats ist mit der freiheitlichen demokratischen Ordnung des Grundgesetzes unvereinbar. Beide Staatsordnungen schließen einander aus.“

Dieser gerichtlichen Feststellung sei die Aussage des bis 1933 in Deutschland tätigen sozialdemokratischen Professors Emil Lederer hinzugefügt: „Niemand kann gegen den Faschismus auftreten (die DKP behauptet, gegen die angebliche ‚Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland‘ kämpfen zu müssen — H. Bw.), wenn er die Diktatur des Proletariats empfiehlt, wie wir sie nach dem geschichtlichen Beispiel von Rußland verstehen.“

Der Programmentwurf der KPD bezeichnet die Verteidigung der „DDR“ noch als Aufgabe aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik. In der DKP-„Erklärung“ heißt es: „Eine schematische Nachahmung des in der DDR beschrittenen Weges zum Sozialismus ist infolge der anders gearteten historischen Situation und unterschiedlicher Ausgangsbedingungen in der Bundesrepublik ausgeschlossen.“

Getreu den Erklärungen von KPD und SED wird das militärische Eingreifen der fünf Armeen des Warschauer Paktes in der CSSR in der DKP-Erklärung verteidigt. Es sichere die „Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie“ und behindere nicht die vom Januar-Plenum des ZK der KPC eingeleitete Korrektur der Fehler und Entstellungen der Vergangenheit.

An Bekenntnissen zur verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes fehlt es in der „Erklärung“ nicht. „Wir achten das Grundgesetz, wir verteidigen die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze. ... Wir trachten danach, die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik mit den im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien in Einklang zu bringen.“ Das Ziel der DKP ist nach der „Erklärung“ die „sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft“. Der Programmentwurf der KPD fordert die „sozialistische Umwälzung“ und die „revolutionäre Veränderung der Gesellschaft“.

In diesem Zusammenhang ist die nachstehend wiedergegebene Auffassung des Bundesverfassungsgerichts in dem Verbotsprozeß gegen die KPD sicherlich nicht uninteressant (zitiert nach „KPD-Prozeß, Dokumentarwerk, 3. Band“): Eine Partei kann auch dann verfassungswidrig sein, wenn sie die Realisierung ihrer verfassungswidrigen Ziele zurückstellt, da sie im Augenblick keine Aussicht hat, sie zu verwirklichen (a. a. O. S. 613). Die grundsätzliche Feindschaft gegen die bestehende Ordnung und der „gleichzeitige Gebrauch“ sind kein Widerspruch im Verhalten der KPD, sondern durch die Dialektik der Geschichte nach kommunistischer Doktrin selbst gefordert. Trotz des Bekenntnisses zum Grundgesetz ist die KPD deshalb bestrebt, „zugleich die freiheitliche demokratische Grundordnung mindestens zu beeinträchtigen“. Diese Ordnung hat für die KPD lediglich den Wert eines Instruments, um sie letzten Endes selbst zu beseitigen (a. a. O., Seite 714). Nach marxistisch-leninistischer Lehre ist es Aufgabe der Arbeiterklasse, sich zunächst in den „bürgerlichen Parlamenten“ zu betätigen, um sie dann von innen her zu zersetzen und zu beseitigen. Die Teilnahme am parlamentarischen Leben ist demnach keine grundsätzliche Bejahung des Parlamentarismus, die Kommunisten benutzen ihn nur als Instrument (a. a. O., Seite 627 und 658). Die KPD will die freiheitliche demokratische Ordnung als „bequemes Hilfsmittel“ benutzen, um ihren grundsätzlichen ideologischen Kampf weiterführen und letztlich eine Situation herbeiführen zu können, die es ihr gestattet, „die Frage der Revolution zu stellen“ (a. a. O., Seite 663).

Bei zukünftigen Untersuchungen der Stellung der DKP gegenüber dem Grundgesetz müßten unter anderem diese Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts im Verbotsprozeß gegen die KPD in Betracht gezogen werden.

Am 27. Oktober 1968 führte die DKP ihre „Erste Bundeskonferenz“ in Offenbach am Main durch. Diese Konferenz verlief ohne Höhepunkte. Der DKP-Sprecher Kurt Bachmann hielt ein etwa einstündiges Referat; danach hatten die Delegierten das Wort. Die Mehrzahl der Sprecher beschränkte sich in ihren Diskussionsbeiträgen auf die Schilderung innerbetrieblicher Probleme oder auf Berichte über den organisatorischen Aufbau der DKP-Ausschüsse auf den unteren Ebenen. Am Schluß der Tagung wurden dem Plenum Vorschläge für die Zusammensetzung der Programm- und Statutenkommission unterbreitet. Außerdem wurde der Bundesausschuß beauftragt, Ort und Zeitpunkt für die Abhaltung des 1. DKP-Bundesparteitages zu bestimmen, der voraussichtlich im Frühjahr 1969 stattfinden soll (Mitte Januar 1969 wurde bekannt, daß der Parteitag der DKP am 12./13. April 1969 in Essen stattfindet). Auf diesem ersten Parteitag der DKP sollen die Richtlinien für die weitere Arbeit der Partei sowie Statut und Programm vorgelegt werden.

Der 1. Bundeskongreß der DKP in Offenbach verabschiedete einen „Brief an den Gründungskongreß eines Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969“ sowie einen Aufruf „An die Arbeiterklasse der Bundesrepublik — An alle arbeitenden Menschen in Stadt und Land“.

Der DKP-Sprecher Kurt Bachmann betonte in seinem Referat vor dem 1. Bundeskongreß der DKP, daß „sich die DKP mit ihren Vorstellungen vom Kampf um Demokratie und Sozialismus um ein gutes Verhältnis zu allen Kräften der außerparlamentarischen Opposition bemühen (wird). Bei allen politischen und ideologischen Meinungsunterschieden, die zwischen uns und sozialistischen oder anderen Richtungen bestehen, meinen wir, daß bei Wahrung der eigenen Standpunkte der gemeinsame antiimperialistische Kampf für Frieden und Demokratisierung aller Lebensbereiche der Kern des Bündnisses ist.“

Sehr bald nach der Konstituierung begann die DKP mit dem Aufbau von DKP-Hochschulgruppen bzw. -Arbeitskreisen, die „allen demokratischen und sozialistischen Studenten die Möglichkeit geben sollen, verbindliche Alternativen zur bestehenden Klassenuniversität und zur durch das Monopolkapital bestimmten Gesellschaft zu erarbeiten“. Diese DKP-Arbeitskreise bzw. deren Mitglieder sollen nach Möglichkeit im SDS verbleiben.

Zu dieser Frage erklärten DKP-Funktionäre am 27. Oktober 1968 in Offenbach/Main: „Wir wollen ihm (dem SDS — H. Bw.) keine kommunistische Politik aufzwingen, sondern ihn dazu bringen, konsequentester Vertreter der Studenten zu sein... Der SDS kann nicht Führer der Arbeiter sein. Er spricht nicht die Sprache der Arbeiter, er hat deshalb auch keinen Erfolg bei der Mobilisierung der Arbeiterschaft gehabt. Die Mitglieder der DKP und ihrer Hochschulgruppen sind dagegen zum großen Teil in den Gewerkschaften und den Jugendverbänden der Gewerkschaften organisiert. Sie sind als Arbeiter in den Fabriken tätig und daher prädestiniert, Sprecher der Arbeiter zu sein... Die ideologisch gefestigten Kommunisten wollen die vom SDS begonnene Arbeit im außerparlamentarischen Raum fortsetzen... Wir müssen die Studenten mit den Arbeitern zu einer Einheit verschmelzen.“

Am 4. Mai 1968 wurde in Essen die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) gegründet. An der Gründungsversammlung nahm Herbert Mies, Kandidat des Politbüros der verbotenen KPD, teil und brachte „die Solidarität der Kommunisten mit der sozialistischen Jugend zum Ausdruck“. „Die Jugend“, so erklärte Mies wörtlich vor der Gründungskonferenz der SDAJ, „sucht die Wahrheit dort, wo sie zu finden ist, bei den Marxisten.“ Auf der 1. Bundeskonferenz der DKP in Offenbach forderten SDAJ-Funktionäre, die zum größten Teil auch der DKP angehören, die DKP auf, das Programm des kommunistischen Jugendverbandes zu akzeptieren und „damit den Grundstein zu einem guten Zusammenwirken zu legen“.

Nicht alle der von der DKP angesprochenen „Kräfte der außerparlamentarischen Opposition“ reagierten auf die Vorstellungen dieser Partei, im „gemeinsamen antiimperialistischen Kampf für Frieden und Demokratisierung aller Lebensbereiche“ eine Art Avantgarde sein zu wollen, positiv. So verschärfte sich gegen Ende des Jahres 1968 die Spannungen im „Sozialistischen Zentrum“ und in der teilweise von den Kommunisten beherrschten oder beeinflussten „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“. Anfang November 1968 trat der „Sozialistische Bund“ von Prof. Dr. Wolfgang Abendroth (Marburg) aus dem „Sozialistischen Zentrum“ aus.

Der „Berliner Extra Dienst“ (steht Teilen der APO, besonders dem „Republikanischen Club“ in West-Berlin nahe) vom 13. November 1968 berichtete, daß der „Sozialistische Bund“ als

Begründung für diesen Schritt angegeben habe, „daß es aufgrund vorliegender Erfahrungen und der gegenwärtigen Entwicklung nicht möglich sei, mit der neugegründeten Deutschen Kommunistischen Partei institutionell zusammenzuarbeiten“. Der „Berliner Extra Dienst“ vom 13. November 1968 berichtete weiter: „Das ‚Sozialistische Zentrum‘ hat beschlossen, trotz der DKP-Gründung mit den Kommunisten weiter zusammenzuarbeiten; die ursprüngliche Konzeption des SZ hatte vorgesehen, zu einem nicht näher genannten Zeitpunkt eine Sozialistische Partei zu konstituieren — ein Plan, der durch die DKP-Gründung offenbar in absehbarer Zeit nicht mehr zu verwirklichen ist. Die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten (VUS) hingegen hat beschlossen, im Gegensatz zum SB weiter im Zentrum mitzuwirken.“

Einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 13. November 1968 war zu entnehmen, daß der SDS in Frankfurt nicht bereit sei, mit der DKP zusammenzuarbeiten. Am 12. November 1968 erklärte das Frankfurter SDS-Mitglied Günter Amendt in einer Diskussion mit dem DKP-Funktionär und Mitglied des DKP-Bundesausschusses Georg Polikeit, daß der SDS nicht die Meinung der DKP teile, daß man die Arbeiter „zur Aktion führen“ könne. Der SDSler betonte, daß sich die Arbeiter vielmehr selbst befreien müßten. Polikeit bezeichnete den SDS-Standpunkt als „Spontaneitätstheorie“ und unterstrich nachdrücklich die Auffassung der DKP, daß ohne eine marxistische Parteiorganisation ein proletarisches Bewußtsein nicht entstehen könne.

Ende 1968 äußerte sich der leitende Funktionär der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“, Dr. Arno Klönne, über die Notwendigkeit der Gründung einer „sozialistischen Organisation“ in der Bundesrepublik Deutschland. „Die politische Situation in der Bundesrepublik“, so meinte Dr. Klönne, sei „aller Wahrscheinlichkeit nach einem Versuch zur Organisation der Sozialisten heute günstiger als in der Vergangenheit, weil (neben anderen Gründen — H. Bw.) das offene Auftreten der KP und die Gründung der DKP in der Bundesrepublik die politische Grenzziehung zwischen dieser Art westdeutscher Kommunisten und den Sozialisten (bzw. unabhängigen Kommunisten) leichter macht ... Die sozialistische Organisation braucht eine klare, an konkreten Fragen vermittelte Konfrontation gegenüber der DKP-KPD.“ (Zitiert nach „Berliner Extra Dienst“, 13. 12. 1968.)

Eine alte Parole:

„Einheitsfront von unten“

Für den Kenner kommunistischer Taktiken gegenüber der Sozialdemokratie — das gilt für die Zeit zwischen 1918 und 1933 ebenso wie für die Zeit nach 1945 — ist es keinesfalls überraschend, daß die DKP sofort nach ihrer Gründung mit Versuchen begann, die „Einheitsfront von unten“ mit Mitgliedern und Anhängern der SPD zu schaffen. Mit der Taktik der Umarmung sollen die Mitglieder der SPD von ihrer demokratisch gewählten Führung getrennt und für kommunistische Aktionen zur Erreichung kommunistischer Ziele manipuliert werden. Im Programmtext der KPD von Anfang 1968 wird behauptet: „Bestimmt wurde und wird der Kurs der SPD von jenen rechten Führern, die die Zusammenarbeit mit dem Großkapital zum obersten Grundsatz ihrer Politik gemacht haben.“

Diesem Angriff gegen die demokratisch gewählte Führung der SPD wird im KPD-Programmtext das „Rezept“ der „Einheitsfront von unten“ beigegeben: „Die Entwicklung seit 1945 hat erneut gezeigt, daß in der SPD zwei unterschiedliche Tendenzen wirksam sind, in denen gegensätzliche Klasseninteressen zum Ausdruck kommen. Auf der einen Seite steht die Mehrheit der Mitglieder und Anhänger der SPD, die in ihrer Partei eine Interessenvertreterin der arbeitenden Menschen sehen, die für soziale Gerechtigkeit und demokratischen Fortschritt eintreten ... Mit ihnen fühlen wir Kommunisten uns immer eng verbunden.“

Der KPD-Chef Reimann blies auf seiner Düsseldorfer Pressekonferenz am 19. November 1968 ebenfalls laut in das „Einheitsfront“-Horn und erklärte heuchlerisch: „Natürlich werde ich nicht aufhören, mich kritisch mit der Politik der sozialdemokratischen Minister in der Großen Koalition und der SPD-Führung auseinanderzusetzen, weil diese Politik für die Arbeiterklasse, für die Bundesrepublik selbst, ein Verhängnis ist. Aber ich möchte hier eindeutig sagen, daß die Interessen der Sozialdemokraten und der Kommunisten in vielen Fragen übereinstimmen, und möchte betonen, daß wir das Gemeinsame zwischen uns und ihnen besonders hervorheben und stets für die Aktionsgemeinschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten eintreten.“

Die DKP stellt ihr „Verhältnis zu Sozialdemokraten“ in der Broschüre „Fragen und Antworten zur Neukonstituierung einer Kommu-

nistischen Partei in der Bundesrepublik" unter anderem so dar: „Mit allen Sozialdemokraten, die dazu bereit sind, streben wir eine kameradschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit für die gemeinsamen Interessen und Ziele ... an. Dabei verbergen wir nicht unsere Meinung, daß die derzeitige Führung der SPD als Partner der CDU/CSU in der Großen Koalition diese Ziele preisgegeben hat und genau im entgegengesetzten Sinne handelt ... Die Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten halten wir für eine entscheidende Voraussetzung, um in der Bundesrepublik eine Wende zu einer fortschrittlichen sozialen Demokratie zu erkämpfen.“

Mit Datum vom 6. Dezember 1968 veröffentlichte der Bundesausschuß der DKP einen von Kurt Bachmann unterzeichneten offenen „Brief an die Mitglieder und Funktionäre der SPD“, der ganz im heuchlerischen, verlogenen und trickreichen Stil früherer kommunistischer Einheitsfront-Angebote gehalten ist. Der Parteivorstand der SPD erklärte zu diesem DKP-Brief in gebotener politischer Härte: „Der offene Brief besteht ungeachtet vieler freundlicher Worte ausschließlich aus Attacken gegen die Politik der SPD ... Die DKP wird feststellen müssen, daß ihre Bemühungen zum Scheitern verurteilt sind. Außer einer harten politischen Auseinandersetzung haben die Sozialdemokraten der DKP nichts zu bieten ... Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Gemeinsamkeiten. Es gibt keinerlei Anlaß für gemeinsame Gespräche oder gar gemeinsame Aktionen.“

Der Parteivorstand der SPD geht in seiner Stellungnahme besonders und mit Nachdruck auf zwei Punkte des „Offenen Briefes“ der DKP ein: „Noch einmal machen die Kommunisten den Versuch, die Intervention von Truppen des Warschauer Paktes in der CSSR zu rechtfertigen. Im gleichen Atemzug wollen sie mit der SPD über Friedenspolitik reden. Aber mit kritiklosen Befürwortern rein militärischer Machtpolitik kann man sich nicht über die Erhaltung des Friedens unterhalten.“

Die Kommunisten sprechen auch von der Mitbestimmung. Alle Arbeitnehmer in der Bundesrepublik wissen, daß es in Deutschland, dort, wo Kommunisten regieren, keinerlei Mitbestimmung gibt.“ (Aus dem Kommuniqué über die Sitzung des Vorstandes der SPD am 13. Dezember 1968 in Bonn.)

Zwei Tage nach dieser schnellen und eindeutigen Reaktion der SPD auf das Einheitsfront-

Gefasel der DKP trat der Landesausschuß der DKP Nordrhein-Westfalen zu seiner 3. Tagung zusammen. Der DKP-Funktionär Josef Ledwohn (ehemaliger KPD-Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen, jetzt Mitglied des Landesausschusses der DKP) referierte zum Thema „Gemeinsames Handeln aller sozialistischen und demokratischen Kräfte — Voraussetzung für eine neue Politik“.

Ledwohn hatte die Lektion „Einheitsfront mit Sozialdemokraten“ gut gelernt. In seinem Referat meinte er: „Es versteht sich, daß die DKP mit den rechten Führern der SPD und ihrer Politik nichts gemein hat. Ja, es ist notwendig, diese Politik als arbeiter- und volksfeindlich zu enthüllen und zu bekämpfen ... Wir verstehen den inneren Konflikt, in dem sich viele Mitglieder der SPD befinden. Einerseits wollen sie ihrer Partei die Treue halten, andererseits sind viele für eine Politik, die gegen die Regierung der Großen Koalition gerichtet ist. In diesen Konflikt haben die rechten Führer der Partei ihre sozialdemokratischen Genossen gestürzt. Dafür tragen allein Wehner, Brandt, Schiller und andere die Verantwortung. Nicht die DKP.“ (Zitiert nach Presseinformation der DKP, Landesausschuß NRW, vom 15. 12. 1968.)

Diese heuchlerischen Worte eines führenden DKP-Funktionärs, diese doppelbödigen Tricks kommunistischer psychologischer Kriegführung bedürfen wohl keines Kommentars. Der 1. Vorsitzende der SPD, Bundesaußenminister Willy Brandt, richtete Ende Dezember 1968 ein Rundschreiben an alle Mitglieder seiner Partei. In diesem Schreiben wurde nochmals ein klar erkennbarer Trennungsstrich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gezogen; alle Anbiederungsversuche, Einheitsfront-Angebote und Provokationen der DKP gegenüber der SPD wurden von Brandt entschieden und politisch begründet zurückgewiesen.

Willy Brandt betonte in seinem Brief an alle SPD-Mitglieder: „Zwischen deutschen Sozialdemokraten und deutschen Kommunisten gibt es keine sachliche Grundlage für Gespräche oder gar Aktionen. Wir sind sicher, daß die deutschen Sozialdemokraten geschlossen die Umarmungsversuche ebenso zurückweisen werden wie die Angriffe gegen die Führung unserer Partei.“

Der Koalitionspartner der Sozialdemokraten in der Bundesregierung reagierte ebenfalls eindeutig ablehnend, kritisch und warnend auf die Bildung der DKP als einer etablierten Gruppe im linksextremen Bereich. Der Generalsekretär der CDU, Dr. Bruno Heck, erklärte

dem Autor Anfang Februar 1969: „Die neue kommunistische Partei wird nichts anderes wollen als die alte auch: sie wird den Kommunismus in der Bundesrepublik verwirklichen wollen; daß er anders aussehen soll als der Kommunismus des Herrn Ulbricht, ist unwahrscheinlich. Insofern wissen wir, was wir von dem neuen Unternehmen zu halten haben. Im übrigen wird sich zeigen, ob sich diese neue kommunistische Partei mit der radikalen ‚neuen Linken‘ verbündet oder ob sie eigene Wege geht. Ich bin überzeugt, daß unser Volk den radikalen Parolen, ob sie nun von rechts oder links kommen, nicht Folge leisten wird.“

DKP und Wahlen

Für viele Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland stellte sich nach der Gründung der DKP die Frage, ob die Legalisierung einer kommunistischen Partei in der BRD nicht zu einer bitteren Stunde der Wahrheit führen könnte — spätestens dann, wenn sich diese kommunistische Partei offen und allein einer Wahl, besonders der nächsten Bundestagswahl, stellen müßte. Solche selbstkritischen Überlegungen wurden auch in den Führungsgremien der KPD und DKP angestellt. In durchaus realistischer Einschätzung der Lage kamen die führenden deutschen Kommunisten zu der Überzeugung, daß die Erfolgchance einer legalen kommunistischen Partei in der BRD, der DKP, bei der Bundestagswahl im Jahre 1969 sehr klein sind: Mehr als 1 bis 2 Prozent der gültigen Stimmen dürfte die DKP kaum erhalten. Bei dieser Vorausberechnung spielt als wesentliches Kalkül die Haltung der KPD und DKP zur Intervention in der CSSR eine Rolle. So nimmt es nicht wunder, daß die Kommunisten im Laufe des Jahres 1968 immer entschiedener auf die Schaffung (und Manipulierung) eines Wahlbündnisses hinsteuerten. Ein sichtbares Zeichen dafür war die starke KPD-Beteiligung an dem und der starke KPD-Einfluß auf den „Gießener Kreis“.

Die DKP setzte den so begonnenen Kurs fort. Sie operiert auf diesem Weg als „Sekte unter Sekten“ — allerdings als eine Sekte mit Führungsansprüchen — und in der Hoffnung, mit Hilfe vieler Steigbügelhalter doch ein — wenn auch klappriges — Roß besteigen zu können, das die Fünfprozent-Hürde überspringt.

In der bereits mehrfach zitierten DKP-Broschüre „Fragen und Antworten“ heißt es unter

dem Stichwort „Bundestagswahlkampf“: „Wir führen grundsätzlich den Kampf für die von uns vertretene Politik sowohl auf der parlamentarischen wie auf der außerparlamentarischen Ebene. Dementsprechend werden wir uns auch am kommenden Bundestagswahlkampf beteiligen. In welcher Form diese Beteiligung erfolgt, wird der Parteitag zu entscheiden haben. Es ist jedoch naheliegend, daß wir die Bemühungen um die Schaffung eines Wahlbündnisses aller demokratischen und sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik unterstützen werden. Einige Mitglieder unseres Ausschusses haben sich ja bereits in dieser Hinsicht engagiert, daß sie sich für ein derartiges Bündnis ausgesprochen haben, und sind bereits an entsprechenden Gremien beteiligt.“

Die 1. Bundeskonferenz der DKP in Offenbach bestätigte diesen Kurs und richtete einen zustimmenden offenen „Brief an den Gründungskongreß eines Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969“.

DKP konzipiert ein Wahlbündnis

Das „Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969“ wurde von den Kommunisten konzipiert; nach außen trat als Initiator der kommunistisch beeinflusste „Gießener Kreis“ auf und als „Manager“ für die Vorbereitung des Dortmunder Kongresses fungierte der bekannte ehemalige KPD-Funktionär und jetzige Stellvertretende Generalsekretär des ebenfalls kommunistisch beeinflussten „Bundes der Deutschen“, Dr. Hans Brender, Krefeld. Im Frühherbst 1968 wurde ein „Aufruf zum Gründungskongreß eines Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969“ veröffentlicht. Dieser Aufruf war von einer großen Anzahl von Personen unterzeichnet worden: von führenden Funktionären der DKP, der DFU, des Sozialistischen Bundes und der SDAJ, von vielen anderen Personen, die irgendwo in der weiten, unübersichtlichen Landschaft der außer- und antiparlamentarischen Opposition ihre Position haben, aber auch von Mitgliedern von Gewerkschaften und der SPD. In diesem Aufruf wird behauptet, daß „die herrschenden Parteien, die sich in keinem wesentlichen Punkt mehr voneinander unterscheiden, (uns) nichts mehr zu bieten“ haben. Die „Unterzeichner“ des Aufrufes erklären recht selbstsicher: „Dem Bündnis der herrschenden Parteien mit dem Großkapital werden wir zur Bundestagswahl 1969 eine Alternative entgensetzen.“

Die SPD-Führung reagierte eindeutig ablehnend auf das kommunistische „Wahlbündnis“ und verurteilte die Teilnahme von SPD-Mitgliedern. In einer Erklärung des SPD-Präsidiums vom 8. November 1968 wird betont, daß in dem „Aktionsbündnis zur Bundestagswahl 1969“ „Gruppen und Ausschüsse links von der SPD“ vereint werden sollen, „die sich die Schädigung und Zertrümmerung der SPD zum Ziel gesetzt haben“. Das „Aktionsbündnis“ wurde in der gleichen Erklärung als „eine Koalition von Kommunisten aller Variationen“ bezeichnet, die sich „in der Rechtfertigung der Okkupation der CSSR durch sowjetische und Truppen des Warschauer Paktes“ einig sind.

Die Gliederungen und Mitglieder der SPD wurden in der Präsidiumserklärung vom 8. November 1968 unmißverständlich gewarnt: „Jede Beteiligung von SPD-Mitgliedern an dieser Koalition und jede Unterstützung dieser Organisation durch Sozialdemokraten führt zur Einleitung von entsprechenden Parteiordnungsverfahren.“

Der Gründungskongreß des Aktionsbündnisses zur Bundestagswahl 1969 fand wie geplant am 2. November 1968 in Dortmund statt. Die kommunistische Regie war trotz allen „nichtkommunistischen“ Dekorums unübersehbar. Führende Funktionäre der DKP (Kurt Erlebach, Grete Thiele, Kurt Bachmann) und von den Kommunisten abhängige manipulierte Personen hatten die Fäden fest in der Hand.

Mit kämpferischem Pathos wurde auf dem Kongreß ein Rezept zur „Umfunktionierung“ von Wahlveranstaltungen demokratischer Parteien verkündet: „Wir werden keine Veranstaltung der herrschenden Parteien in ihrer sattsamen Demagogie unbehelligt lassen, sondern immer neu versuchen, sie zu offenen Diskussionsforen umzugestalten und auf die echten Probleme der arbeitenden Bevölkerung zu lenken.“

Der Dortmunder Kongreß des „Aktionsbündnisses zur Bundestagswahl 1969“ war keine Arbeitstagung, sondern eine kommunistische Heerschau. Es gab auch kein Programm, sondern ausschließlich Polemik.

Der Dortmunder Kongreß beschloß, so bald wie möglich unter Beibehaltung der organisatorischen Selbständigkeit der verschiedenen Gruppen eine Partei im Sinne des Parteiengesetzes zu gründen, um damit überhaupt die rechtliche Möglichkeit zu erhalten, sich an den Bundestagswahlen 1969 beteiligen zu können.

Von der DKP an die Hand genommen: Die „Wahlpartei“ ADF

Die Gründung dieser „Wahlpartei“ — der „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) — erfolgte am 7. Dezember 1968 in Frankfurt/M. An der Gründungsversammlung nahmen 231 stimmberechtigte Delegierte teil, die überwiegend von Kommunisten ausgewählt worden waren. Der Gründungskongreß verlief ohne Höhepunkte und brachte politisch nichts Neues. Im Grunde wurde nur der Form (d. h. rechtlicher Vorschriften wie Parteiengesetz, Bundeswahlgesetz) genügt, um die Möglichkeit zur Teilnahme an der Bundestagswahl 1969 zu bekommen.

In das Präsidium der ADF wurden gewählt: Professor Dr. Werner Bartsch, Lich/Hessen, Theologe, Mitglied des Zentralen Arbeitsausschusses des „Fränkischen Kreises“;

Arno Behrich, Großkönigsdorf bei Köln, ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter, Mitglied des DFU-Direktoriums, Landesvorsitzender der DFU Nordrhein-Westfalen;

Artur Fritz, Nürnberg, Betriebsratsvorsitzender, ehemaliges Mitglied der inzwischen aufgelösten kommunistischen „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung“;

Professor Dr. Werner Hofmann, Marburg, Direktor des Soziologischen Institutes der Universität Marburg, Mitbegründer des „Gießener Kreises“, ehemaliges Mitglied des zentralen Kuratoriums „Notstand der Demokratie“;

Erwin Oltmann, Woltzetten bei Emden, Mitherausgeber der kommunistisch beeinflussten Zeitung „Bauernruf“ und der auf der gleichen Linie agitierenden „Demokratischen Bauernaktion“;

Erwin Seel, St. Ingbert, Stellvertretender Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender Saarland der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ);

Grete Thiele, Wuppertal, Mitglied des KPD-Zentralkomitees, des DKP-Bundesausschusses und des DKP-Landesausschusses Nordrhein-Westfalen;

Karl Freytag, Stuttgart.

Dem Parteivorstand der ADF gehören 55 Personen an, von denen nach ersten Analysen der Staatsschutzbehörden 32 (das sind 58 0/0, also die absolute Mehrheit!) Kommunisten und leitende Funktionäre kommunistischer Hilfsorganisationen sind. Darunter befinden sich zum Beispiel folgende Personen:

Helmut Bausch, Mitglied des Präsidiums des „Bundes der Deutschen“ (BdD) und des DFU-Bundesvorstandes;

Dr. Hans Brender, Mitglied des BdD-Präsidiums und des DFU-Bundesvorstandes, ehemaliger KPD-Funktionär;

Kurt Erlebach, Mitglied des „Arbeitsausschusses“ des DKP-Bundesausschusses;

Lorenz Knorr, Mitglied des DFU-Direktoriums;

Heinrich Werner, DFU-Bundesgeschäftsführer und Mitglied des DFU-Direktoriums.

Funktionäre der ADF erklärten nach der Gründung, ihre Partei werde den Kampf in erster Linie gegen die CDU/CSU und gegen die NPD richten, sich aber auch „mit der Politik derjenigen SPD-Führer auseinandersetzen, die sich dem CDU/CSU-Kurs angeschlossen haben“ (so zum Beispiel Grete Thiele — DKP/ADF — in einem Interview mit dem Bonner Korrespondenten des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland vom 16. 12. 1967). Bei dieser Gelegenheit agitierte die DKP- und ADF-Funktionärin Grete Thiele auch für die „Einheitsfront von unten“: „Wenn sich, was ich mir durchaus vorstellen könnte, Kandidaten der ADF und der SPD auf regionaler Ebene zu gemeinsamen Aktionen gegen die Politik der CDU/CSU und vor allem gegen den Neonazismus zusammenfinden, dann würde das — davon bin ich überzeugt — von den demokratisch gesinnten Kräften in der Bundesrepublik gewiß honoriert.“

Auf einer Pressekonferenz ließen Funktionäre der ADF erkennen, daß die kommunistische „Wahlpartei“ ADF keine Bedenken hätte, staatliche Gelder für die Finanzierung des Wahlkampfes in Anspruch zu nehmen.

Funktionäre der DKP äußerten sich befriedigt über den Ablauf der Gründungsversammlung der ADF. Allerdings bezweifelten sie, daß es der ADF gelingen könne, die 5 0/0-Klausel zu überwinden. Die DKP habe sich zwar vorgenommen, das Wahlbündnis bzw. die Wahlpartei zu aktivieren, jedoch seien zwölf Jahre Verbot, zwölf Jahre Illegalität an der Partei und ihren Kadern nicht spurlos vorübergegangen.

In dem bereits erwähnten Interview des „Neuen Deutschland“ mit Grete Thiele (Mitglied des Bundesausschusses der DKP und Mitglied des Präsidiums der ADF) wurde auch die Frage gestellt, wer die ADF trage. Grete Thiele gab in ihrer Antwort die folgende aufschlußreiche Darstellung des kommunistischen Wahlbündnisses: „Zunächst einmal: Nach dem Statut der

ADF können Mitglieder anderer Parteien, wenn sie das ADF-Programm unterstützen, zugleich auch Mitglied dieser neuen Partei sein. Getragen wird die ADF von dem in Dortmund gegründeten Bündnis. Wie Sie wissen, gibt es in Westdeutschland eine ganze Reihe von Parteien und Organisationen, von Persönlichkeiten aus dem geistigen, künstlerischen und kirchlichen Leben und, im Vordergrund natürlich, starke Gruppen von Arbeitern, Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionären, von Studenten, Jugendorganisationen, Angehörigen des Mittelstandes und besonders auch der Bauern, die mit der Politik der Monopole, mit der Politik der großen Koalition in Bonn nicht zufrieden sind. Ein großer Teil dieser Kräfte hat sich in Dortmund zusammengefunden, und dazu gehört die DKP, dazu gehört die DFU, dazu gehören auch viele andere Gruppen.“

Sehr bald nach der Gründung der ADF wurde mit der Aufstellung von ADF-Kandidaten für die Bundestagswahlen 1969 begonnen. Mitte Januar 1969 zum Beispiel wurde bekannt, daß der Altkommunist und letzte Landesvorsitzende der verbotenen KPD in Bayern, Richard Scheringer (Mitglied des „Initiativsausschusses für die Wiedezulassung der KPD“), zu den Bundestagswahlen 1969 für die ADF kandidieren wird.

Zu den Unterzeichnern des „Aufrufs zum Gründungskongreß eines Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969“ gehörte der Betriebsrat Kurt Birking aus Hannover. Birking nahm auch noch an dem Dortmunder Kongreß am 2. November 1968 teil, wo er Gelegenheit hatte, hinter die Kulissen dieser Veranstaltung und des „Wahlbündnisses“ zu schauen. Danach widerrief Birking seine Unterschrift unter dem „Aufruf“ und zog sich von der weiteren Mitarbeit im kommunistischen Wahlbündnis zurück. Diese Schritte begründete Birking in einem offenen Brief an die „Unterzeichner des ‚Aktions- und Wahlbündnisses‘“ und an die „Betriebs- und Gewerkschaftskollegen“.

Im Anhang dieser Schrift findet sich der volle Wortlaut dieses für die Auseinandersetzung mit der DKP und der ADF aufschlußreichen Dokuments.

DKP plant eigenes Pressenetz

In Führungskreisen der DKP sind seit Anfang 1969 Bemühungen im Gange, für die DKP ein eigenes Pressenetz aufzubauen, um auf diese Weise die Öffentlichkeitsarbeit der Partei auf eine breitere Basis stellen zu können. Aus Plä-

nen, die in der DKP-Führung bereits ernsthaft besprochen werden und über die zum Teil auch bereits verhandelt wird, geht hervor, daß die DKP in den kommenden Monaten versuchen will, die nachstehende Periodika herauszubringen:

- ein Zentralorgan der DKP,
- zehn Landesorgane,
- ein theoretisches Organ,
- eine Funktionärszeitschrift und
- eine Zeitschrift für Frauenfragen.

Anfang 1969 hatten Verhandlungen darüber begonnen, drei bereits seit langem offen erscheinende kommunistische Publikationen auf das DKP-Gleis zu rangieren. Es handelt sich dabei um die „Deutsche Volks-Zeitung“ (DVZ), die als Zentralorgan der DKP vorgesehen ist, die „Tatsachen“, die zum Landesorgan der DKP für Nordrhein-Westfalen umgewandelt werden sollen, und um die „Marxistischen Blätter“, die nach den Vorstellungen der DKP-Führung das theoretische Organ der DKP abgeben könnten.

IV. KPD/ML — Eine maoistische Splittergruppe

Am 50. Jahrestag der Gründung der KPD, am 31. Dezember 1968, konstituierte sich in Hamburg die pro-chinesische, Mao-freundliche „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)“. Gründer dieser kommunistischen Splittergruppe ist der Altkommunist und ehemalige KPD-Funktionär Ernst Aust, Herausgeber der maoistischen Zeitschrift „Roter Morgen“. Die KPD/ML will, wie Aust auf einer Pressekonferenz in Hamburg

am 3. Januar 1969 verkündete, den Kampf gegen den „Revisionismus“ der Moskau-freundlichen und Mao-feindlichen Kommunisten in der KPD und DKP führen. Bereits im November hatte ein Funktionär der DKP, Bernd Hartmann, die Aufrufe zur Gründung einer pro-chinesischen Partei als einen Versuch bezeichnet, „mit linksradikalen Phrasen das Geschäft des Antikommunismus zu betreiben“. (Zitiert nach „Die Welt“, 3. 1. 1969.)

V. Das Wirken der DKP — Eine Herausforderung aller Demokraten

Eine Nachbemerkung

In der DKP-Broschüre „Fragen und Antworten“ steht unter dem Stichwort „Chancen“ geschrieben:

„Frage: Welche Chancen rechnen Sie sich bei Ihrer politischen Tätigkeit aus?“

Antwort: Wir sind nüchterne und illusionslose Realisten... Was vor uns liegt, wird... kein leichter Kampf sein. Wenn wir uns jedoch die Möglichkeit erkämpfen, unsere Ansichten in der Bevölkerung verbreiten und begründen können, glauben wir, auf die Dauer doch Gehör und Vertrauen zu finden, weil unsere Argumente stichhaltig sind und unsere Politik den Interessen der breitesten Schichten der Bevölkerung entspricht.“

Gewiß ist es notwendig, daß dafür zuständige staatliche Stellen Programmatik und Wirken der DKP unter Beachtung verfassungsrechtlicher Maßstäbe beobachten und analysieren. Doch unabhängig davon sollten die demokratischen Kräfte in unserem Lande der DKP und allen ihren Trabanten eine harte, kompromißlose und offene politische Auseinandersetzung bieten. Alle Demokraten sind durch das Wirken der Kommunisten und ihrer Mitläufer in unserem Lande herausgefordert — herausgefordert zur Auseinandersetzung. Extreme politische Strömungen, Extremisten aller Schattierungen haben immer dann eine Erfolgchance, wenn die demokratischen Kräfte schlafen, resignieren, gleichgültig oder unwissend abseits stehen, kurz: sich inaktiv und indifferent der Auseinandersetzung mit dem Extremen, mit den Extremisten entziehen.

Anhang

Personalien

Franz Ahrens, Jahrgang 1912, wohnhaft in Hamburg, Journalist;

1949 KPD-Bürgerschaftskandidat in Hamburg; zeitweilig Chefredakteur der „Hamburger Volkszeitung“; von 1951 bis Anfang 1954 Chefredakteur des Zentralorgans der KPD, „Freies Volk“; Mitglied des Parteivorstandes der KPD; nach dem Verbot der KPD aktiv in kommunistischen Tarnorganisationen tätig; Gründungsmitglied des „Initiativausschusses für die Wiederezulassung der KPD“, Mitglied des Landesausschusses Hamburg der DKP.

Ernst Aust, Jahrgang 1923, wohnhaft in Hamburg, Journalist;

1948 aus westalliiert Gefangenschaft nach Hamburg entlassen; ab 1953 Herausgeber der kommunistischen Zeitung „Blinkfuer“ (Hamburg), auch nach dem Verbot der KPD bis Ende 1966 bei dieser Zeitung als Chefredakteur tätig; seit Sommer 1967 Herausgeber der maoistischen Zeitschrift „Roter Morgen“; Gründer der Mao-freundlichen, prochinesischen KPD/ML (Ende 1968 in Hamburg)

Kurt Bachmann, Jahrgang 1909, Korrespondent;

nach eigenen Angaben seit 1932 Mitglied der KPD; nach dem Kriege gab Bachmann in Köln die kommunistische Zeitung „Volksstimme“ mit heraus; Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums der VVN; Bonner Korrespondent der VVN-Zeitung „Die Tat“; zur Bundestagswahl 1965 kandidierte Bachmann für die DFU; Mitglied des ZK der KPD; Mitglied des Bundesausschusses sowie des fünfköpfigen Arbeitsausschusses der DKP; „Sprecher“ des DKP-Bundesausschusses.

Dr. Hans Brender, wohnhaft in Krefeld, Arzt;

ehemals Funktionär der KPD bei der KPD-Landesleitung Schleswig-Holstein; „Mitbegründer“ des „Bundes der Deutschen“, Stellvertretender Generalsekretär des BdD; „Koordinator“ des „Gießener Kreises“; Mitglied des Präsidiums des BdD und Mitglied des Bundesvorstandes der DFU; Mitglied des Parteivorstandes der „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF).

Kurt Erlebach, Jahrgang 1922, wohnhaft in Hamburg, Journalist;

ehemals Mitglied des Sekretariats des KPD-Parteivorstandes und Abgeordneter der KPD in der Hamburger Bürgerschaft; in den Jahren nach Kriegsende Funktionär (zeitweilig 1. Vorsitzender) der (kommunistischen) „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) in Hamburg; nach dem Verbot der KPD längere Zeit in Ost-Berlin; zur Bundestagswahl 1961 kandidierte Erlebach als kommunistischer Einzelkandidat; Mitbegründer des „Initiativausschusses für die Wiederezulassung der KPD“; Mitglied des Arbeitsausschusses der DKP; Mitglied des Parteivorstandes der „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF).

Manfred Kapluck, Jahrgang 1929, wohnhaft in Essen, Journalist;

zeitweilig Redakteur des KPD-Zentralorgans „Freies Volk“; jetzt Korrespondent der französischen KP-Zeitung „L'Humanité“; zeitweilig Funktionär der FDJ in der BRD und in der DDR, wohin Kapluck mit seiner Familie im Jahre 1954 übergesiedelt war; Mitarbeiter des Zentralkomitees der (verbotenen) KPD in Ost-Berlin; Oktober 1966 Rückkehr in die BRD; Mitbegründer des „Initiativausschusses für die Wiederezulassung der KPD“; Mitglied des Landesausschusses Nordrhein-Westfalen der DKP.

Josef Mayer, Jahrgang 1927, wohnhaft in Frankfurt/Main, Verlagsangestellter;

vor dem Verbot der KPD Mitarbeiter beim KPD-Parteivorstand in Düsseldorf; Mayer setzte sich seit dem Verbot der KPD mehrmals nach Ost-Berlin ab; Mitglied des Arbeitsausschusses der DKP.

Herbert Mies, Jahrgang 1929, wohnhaft in Mannheim;

Kandidat des Politbüros der KPD; Mitglied des Bundesausschusses der DKP.

Ludwig Müller, Jahrgang 1921, wohnhaft in Angermund, Angestellter;

1950 bis 1954 Mitglied der KPD-Landesleitung Nordrhein-Westfalen; später Mitglied des Parteivorstandes der KPD; Mitglied des Arbeitsausschusses der DKP.

Karl-Heinz Noetzel, Jahrgang 1928, wohnhaft in Essen, Maurer;

N. wohnte bis zum August 1968 in Ost-Berlin; im Mai 1960 war er vom Landgericht Dortmund wegen seiner Tätigkeit für die verbotene KPD zu zwei Jahren und zwei Monaten Gefängnis verurteilt, aber noch im gleichen Jahr aus der Strafhaft entlassen worden; Mitglied des Arbeitsausschusses der DKP.

Max Reimann, Jahrgang 1898, wohnhaft in Ost-Berlin und Düsseldorf;

vor 1933 Mitglied der KPD, zeitweilig als Parteisekretär der KPD tätig; 1939 von der Gestapo verhaftet, Gefängnis und KZ Sachsenhausen bis 1945; nach 1945 in der Provinz Brandenburg tätig; 1946 zum 1. Vorsitzenden des Bezirks Ruhrgebiet-West der KPD gewählt; seit Mai 1947 1. Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der KPD und Vorsitzender der KPD für die britische Zone; seit 1948 Vorsitzender der KPD für die drei Westzonen, später Bundesrepublik Deutschland; Mitglied des Parlamentarischen Rates und Mitglied des 1. Deutschen Bundestages (1949—1953); Vorsitzender der KPD-Bundestagsfraktion; seit dem KPD-Parteitag 1954 1. Sekretär des KPD-Parteivorstandes; seit dem Parteitag 1957 der illegalen KPD; 1. Sekretär des Zentralkomitees der KPD (Ost-Berlin).

Max Schäfer, Jahrgang 1913, wohnhaft Frankfurt/Main;

Mitglied des Politbüros der KPD und der „Kommission zur Verhandlung mit der Bundesregierung über die Wiederzulassung der KPD“; seit dem Verbot der KPD (1956) Aufenthalt in Ost-Berlin; war vor dem KPD-Verbot zeitweilig Sekretär des Parteivorstandes der KPD und Chefredakteur des KPD-Zentralorgans „Freies Volk“ (1954 bis zum Verbot); Mitglied des Bundesausschusses der DKP.

Karl Schabrod, wohnhaft in Düsseldorf, Schreiner;

ehemals Mitglied der KPD-Landesleitung Nordrhein-Westfalen; ehemaliger Vorsitzender der KPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen und zeitweilig kommunistischer Ratsherr in Düsseldorf; Mitbegründer des „Initiativsausschusses für die Wiederzulassung der KPD“; Mitglied des Landesausschusses Nordrhein-Westfalen der DKP.

Richard Scheringer, Jahrgang 1904, wohnhaft in Kösching/Bayern, Landwirt und Schriftsteller;

bis 1930 aktiver Leutnant; sympathisierte als Offizier mit dem Nationalsozialismus, wurde zu Festungshaft verurteilt und aus der Reichswehr ausgestoßen; durch Mithäftlinge zum Kommunismus „bekehrt“; während des Zweiten Weltkrieges Artillerieoffizier; nach 1945 Vorsitzender der KPD-Fraktion in der Verfassungsgebenden Versammlung Bayerns; vor dem Verbot der KPD (1956) letzter Landesvorsitzender der KPD in Bayern; Kandidat der „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) für die Bundestagswahlen 1969.

Grete Thiele geb. Rettig, Jahrgang 1913, wohnhaft in Wuppertal;

vor 1933 Mitglied der SPD; nach 1945 Mitglied der KPD; anfangs Leiterin einer Ortsgruppe der KPD; Stadtverordnete der KPD-Fraktion in Wuppertal; ehemals Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen; bis zum Verbot der Partei Mitglied des Parteivorstandes der KPD; jetzt Mitglied des Zentralkomitees der illegalen KPD; von 1949 bis 1953 Mitglied der KPD-Fraktion im 1. Deutschen Bundestag; Mitglied des Bundesausschusses der DKP, des Landesausschusses Nordrhein-Westfalen der DKP und Mitglied des Präsidiums der „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF).

Dokumente

ERKLÄRUNG

zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei

Die Unterzeichner dieser Erklärung haben in der Bundesrepublik Deutschland eine Kommunistische Partei neu konstituiert.

Sie unternehmen diesen Schritt in der Überzeugung, daß in der jetzigen politischen Situation das Wirken einer Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik für die Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen arbeitenden Bevölkerung notwendiger denn je ist.

Besorgt verfolgen wir auf allen Gebieten des politischen und gesellschaftlichen Lebens eine bedrohliche Rechtsentwicklung. Das Anwachsen der NPD ist dabei nur ein Ausdruck der allgemeinen reaktionären Entwicklung und der Verschärfung der Klassenauseinandersetzung. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind diese Tendenzen charakterisiert durch die fortschreitende Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen, im politischen Bereich durch die Aushöhlung der demokratischen Grundlagen des Staates durch Notstandsgesetze und andere restaurative Maßnahmen; außenpolitisch durch das Streben nach Beseitigung des territorialen Status quo in Europa; geistig durch die verstärkte Propagierung antikommunistischer nazistischer und nationalistischer Ideen. Damit befindet sich unser Land auf einem gefährlichen Weg, der unser Volk in der Vergangenheit schon zweimal in die Katastrophe geführt hat. In dieser Situation ist eine politische Kraft nötig, die dem arbeitenden Volk offen und ungeschminkt die Wahrheit sagt und ausgehend von den Erkenntnissen des Marxismus für eine demokratische Alternative wirkt.

Wir handeln, weil wir feststellen müssen, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik gegenwärtig keine politische Partei findet, die ihre demokratischen Gegenwartsinteressen konsequent vertritt und mit den gesellschaftspolitischen Forderungen für eine sozialistische Zukunft verbindet.

Die von uns neu konstituierte Kommunistische Partei wird eine klare Alternative zur Politik der herrschenden großkapitalistischen Kreise und zu den Parteien, die deren Interessen vertreten, entwickeln. Sie wird sich zum Sprecher und Vorkämpfer der gerechten Forderungen der Gewerkschaften der Arbeiter, Bauern und anderen abhängigen Schichten der Bevölkerung gegen die Übermacht der Industrie- und Bankherren machen.

Dem Versuch, die Arbeiterschaft geistig und organisatorisch zu entwaffnen und sie in das vom Großkapital beherrschte System einzuordnen, wollen wir eine Partei entgegensetzen, die den Arbeitern das Bewußtsein ihrer Lage und ihrer sozialen und politischen Interessen vermittelt. Nur eine Partei, die die Ideen von Marx, Engels und Lenin zur Grundlage ihres Handelns macht, kann unserem Volke, besonders der arbeitenden und studierenden Jugend einen Weg zur Veränderung der Verhältnisse, zu demokratischem Fortschritt und zum Sozialismus weisen.

Die Kommunistische Partei, die wir neu konstituiert haben, wird die Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, die Traditionen von Marx und Engels, von Bebel, Luxemburg, Liebknecht und Thälmann in sich aufnehmen. Sie wird im Geiste des antifaschistischen Widerstands gegen die Nazidiktatur, in dem die deutschen Kommunisten große Opfer im Kampf für ein neues demokratisches Deutschland brachten, wirken.

Die innere Entwicklung der Bundesrepublik im Sinne einer lebendigen Demokratie kann durch eine legale Kommunistische Partei nur gewinnen. Ihr Eingreifen in die politische und geistige Auseinandersetzung wird den durch die antikommunistischen Tabus eingeschränkten Raum der Diskussionsfreiheit erweitern, die Schranken der Diffamierung und Bevormundung durchbrechen. Auch dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland, im Westen wie im Osten, wird die Betätigungsfreiheit einer Kommunistischen Partei in diesem Lande förderlich sein. Was in England, Frankreich und selbst in den USA erlaubt ist, darf in der Bundesrepublik nicht länger unter Ausnahmerecht des kalten Krieges stehen.

Die Kommunistische Partei, die wir neu konstituieren, ist eine Partei der Bundesrepublik. Dieses Land ist unsere Heimat, mit ihrer Bevölkerung teilen wir Freuden, Sorgen und Hoffnungen. Wir entwickeln unser Programm, die Formen und Methoden unseres Kampfes selbständig auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und ausgehend von den ökonomischen und politischen Bedingungen, die in der Bundesrepublik herrschen. Wir achten das Grundgesetz, wir verteidigen die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze. Mit der Neukonstituierung nehmen wir die grundgesetzlichen Rechte in Anspruch, die sich aus Artikel 21 GG ergeben, wonach die Bildung politischer Parteien frei ist. Wir fordern, daß die seit 1949 vorgenommenen antidemokratischen Änderungen und Einschränkungen, besonders die Notstandsgesetze, rückgängig gemacht werden. Auf der Basis der im Grundgesetz proklamierten demokratischen Prinzipien ringen wir um die demokratische Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Unser Ziel ist die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Dieses Ziel kann nur verwirklicht werden durch die Arbeiterklasse, durch die große Mehrheit des Volkes, denn der Sozialismus setzt die Eroberung der politischen Macht durch die mit allen anderen arbeitenden Schichten des Volkes verbundene Arbeiterklasse voraus. Wir sind der Überzeugung, daß sich in der weiteren Entwicklung, im Prozeß ihrer eigenen geschichtlichen Erfahrungen, alle sozialistischen und gegen die Monopolherrschaft auftretenden Kräfte in unserem Land für dieses Ziel einigen können.

Gegenwärtig wird das gesamte gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben in der Bundesrepublik durch die Tatsache geprägt, daß eine kleine Gruppe mächtiger Kapitaleigentümer die Wirtschaft des Landes beherrscht und ihren Profitinteressen unterordnet. Diese wirtschaftliche Macht ist die Grundlage ihrer politischen und geistigen Herrschaft über das Volk. Die CDU/CSU ist zur Zeit die politische Hauptkraft dieser Klassenherrschaft, durch die die Macht im Interesse der Monopole ausgeübt wird. Das politische System in Bonn verschleiert mit scheindemokratischen Formen diese wirklichen Macht- und Klassenverhältnisse.

Der Erhaltung und Festigung der monopolkapitalistischen Gesellschaft dient auch der Kurs der SPD-Führung. Mit dem Eintritt in die Große Koalition hat sie eine verhängnisvolle Gleichschaltung mit dem Kurs der reaktionären Kräfte in der CDU/CSU vollzogen und damit auch die Vertretung der unmittelbaren Gegenwartsforderungen der arbeitenden Bevölkerung preisgegeben.

In den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre ist der wahre Charakter der Gesellschaftsordnung, in der wir leben, als einer vom Großkapital beherrschten Klassengesellschaft, wieder deutlicher sichtbar geworden. Das wirtschaftliche Krisenjahr 1967 hat gezeigt, daß die spätkapitalistische Gesellschaftsordnung, allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz, nicht instande ist, den arbeitenden Menschen dauerhafte Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Sie ist nicht fähig, die grundlegenden sozialen und menschlichen Probleme unserer Zeit, besonders die Fragen, die mit der Umwälzung in Wissenschaft und Technik verbunden sind, zum Wohle des Volkes zu lösen.

Demgegenüber fordert die neu konstituierte Kommunistische Partei eine demokratische Wirtschaftspolitik. In ihrem Mittelpunkt muß die Mitbestimmung der Arbeitenden in Betrieben, Unternehmen und Staat als erstem Schritt zur Einschränkung der Allmacht der Monopole stehen. Dies dient der sozialen Sicherung gegen Unternehmerwillkür. Wir sind für eine Politik, die stetiges wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung sichert. Das hat eine demokratische Wirtschaftsplanung und eine vom Volksinteresse bestimmte staatliche Wirtschaftspolitik zur Voraussetzung. Wir fordern eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik und die stetige Erweiterung der Sozialleistungen auf Kosten der Rüstungsausgaben und der Monopolprofite. Wir sind davon überzeugt, daß die soziale Unsicherheit nicht überwunden und die Probleme der wissenschaftlich-technischen Entwicklung nicht gemeistert werden können, wenn die alles beherrschende Stellung der Konzernherren in der Wirtschaft nicht zurückgedrängt und überwunden wird. Wir halten die Forderungen der Gewerkschaften im Programm des DGB zur Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum für aktuell und zeitgemäß.

Innenpolitisch ist mit der Annahme der Notstandsgesetze eine Verschärfung aller reaktionären Tendenzen deutlich geworden. Zur Stabilisierung der großkapitalistischen Machtstrukturen im Innern und zur Abstützung ihrer Großmachtspolitik nach außen streben die herrschenden Kreise nach immer undemokratischeren, autoritären Herrschaftsmethoden, wollen sie durch ein manipuliertes Wahlrecht die Macht der CDU/CSU verewigen, degradieren sie das Parlament zur bloßen Fassade.

Demgegenüber wird sich unsere Partei entschieden für die Aufhebung der verfassungswidrigen Notstandsgesetze, gegen alle Notstandspraktiken und gegen jede weitere Aushöhlung der Grundrechte, gegen die reaktionäre Konzentration in der Presse und in anderen Massenmedien, für die Verwirklichung der vollen Rechte der Parlamente, für die umfassende Demokratisierung des öffentlichen Lebens einsetzen. Wir trachten danach, die politische und gesellschaftspolitische Wirklichkeit in der Bundesrepublik mit den im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien in Einklang zu bringen.

Außenpolitisch geht die Regierung zum dritten Mal in der deutschen Geschichte darauf aus, die Ergebnisse eines verlorenen Krieges rückgängig zu machen und die bestehenden Grenzen in Europa zu ändern. Der Anspruch, Deutschland allein zu vertreten und die Weigerung, mit der DDR als gleichberechtigtem Partner völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen zu treffen, bedeutet, daß die herrschenden Kreise in Bonn nach wie vor die DDR liquidieren und den eigenen Machtbereich auf die Grenzen von 1937 ausdehnen wollen. Hieraus entstehen gefährliche Spannungen, die den europäischen Frieden bedrohen. Durch das Nein zum Atomwaffensperrvertrag wird deutlich, daß die Bundesregierung das Streben nach Verfügung oder Mitverfügung über atomare Waffen nicht aufgegeben hat. Diese Politik, die das Risiko eines Krieges in sich birgt, widerspricht dem deutschen Interesse. Sie bedroht das Leben unseres Volkes. Sie belastet unser Land mit ständig wachsenden Rüstungskosten und ist eine wesentliche Ursache des Bildungsnotstandes, des Zurückbleibens im Gesundheitswesen, in Wissenschaft und Forschung.

Demgegenüber werden wir eine konsequente Friedenspolitik verfechten. Unsere Partei geht von der Anerkennung der bestehenden Grenzen aus und fordert die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zur DDR, den sofortigen Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag, die Herabsetzung des Rüstungsetats und die aktive Mitarbeit an der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. Heute, da zwei deutsche Staaten bestehen, fordert das nationale Interesse und der europäische Frieden, daß die Bundesrepublik und die DDR ihr friedliches Miteinanderleben auf völkerrechtlich verbindliche Abkommen gründen.

Um diese Alternative für eine demokratische und fortschrittliche Entwicklung der Bundesrepublik zu verwirklichen, wird unsere Kommunistische Partei ihre besondere Aufgabe darin sehen, ein vertrauensvolles und kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern und Anhängern der SPD herzustellen und zu einem Zusammenwirken aller fortschrittlichen Kräfte in der Arbeiterschaft und im Volk zu gelangen. Die Tatsache, daß die maßgeblichen Führer der SPD die Mitverantwortung für den Kurs der großkapitalistischen Kreise und ihrer

CDU/CSU übernommen haben, daß sie nicht nur das sozialistische Ziel, sondern auch die Forderung nach ernsthaften gesellschaftspolitischen Reformen aufgegeben haben, darf daran nicht hindern.

Im gemeinsamen Handeln aller Sozialisten und Demokraten, trotz unterschiedlicher Auffassungen in manchen grundsätzlichen und aktuellen Fragen, sehen wir die wichtigste Bedingung für demokratische Veränderungen in unserem Land. In außerparlamentarischen Aktionen wie im Wirken um eine parlamentarische Vertretung wollen wir mit allen zusammenarbeiten, die wie wir ein Bündnis der demokratischen Kräfte — bei Wahrung der organisatorischen Selbstständigkeit und bei gegenseitiger Toleranz — anstreben. In diesem Sinne wollen wir auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, deren soziale und demokratische Ziele wir unterstützen und in deren Reihen wir aktiv mitarbeiten.

Wir gehen davon aus, daß die Zusammenarbeit der Sozialisten und Demokraten, die sich im gemeinsamen Kampf für demokratische Veränderungen entwickelt, sich auf dem weiteren Weg zu einer sozialistischen Zukunft unseres Landes fortsetzen wird. Dabei müssen die sozialistischen und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik gemäß den hier gegebenen ökonomischen und politischen Bedingungen die Wege zum gesellschaftlichen Fortschritt in eigener Verantwortung suchen und gemeinsam erarbeiten.

In unserer Stellung zur DDR lassen wir uns davon leiten, daß dort, trotz schwerer Ausgangsbedingungen und großer Schwierigkeiten mit Erfolg eine sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung aufgebaut wird. Die Überführung der wichtigen Produktionsmittel in Volkseigentum ermöglichte eine krisenfreie Wirtschaft, sie gewährleistet beständiges Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit. Sie öffneten den arbeitenden Menschen die Tore zu Hochschulen und Unversitäten und zu den leitenden Stellungen in Wirtschaft und Staat. Mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, unter deren Leitung das erreicht wurde, fühlen wir uns durch den Marxismus und die gemeinsamen Traditionen verbunden. Eine schematische Nachahmung des in der DDR beschrittenen Weges zum Sozialismus ist infolge der andersgearteten historischen Situation und unterschiedlicher Ausgangsbedingungen in der Bundesrepublik ausgeschlossen.

Wir halten es für unsere natürliche Pflicht, die Tradition des Internationalismus fortzusetzen. Unser Internationalismus steht nicht im Widerspruch zu den echten nationalen Interessen unseres Volkes, sondern entspricht ihnen, weil die Verbindung mit den fortschrittlichen Kräften in aller Welt unseren nationalen Lebensinteressen am besten dient. Deshalb werden wir solidarische Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien in aller Welt, zu den Kräften der antiimperialistischen Befreiungsbewegung und zu den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern pflegen.

Auch in unserer Stellung zu den Ereignissen in der CSSR lassen wir uns von internationalistischen Prinzipien leiten. Wir sind der Meinung, daß in der CSSR eine ernste Gefahr, sowohl für die sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung im Innern des Landes, wie für die Sicherheitsinteressen aller im Warschauer Vertrag vereinigten sozialistischen Länder und den Frieden in Europa entstanden war. Das militärische Eingreifen der fünf sozialistischen Länder galt ausschließlich der Beseitigung dieser Gefahren. Die vom ZK der KPdSU im Januar dieses Jahres eingeleitete Korrektur der Fehler und Entstellungen in der Vergangenheit wird damit nicht behindert, sondern sichert, daß die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie nicht durch die feindliche Einmischung reaktionärer Kräfte von innen und außen gestört wird. Wir begrüßen die in Moskau getroffenen Vereinbarungen zwischen den Führungen der KPdSU und der KPdSU. Wir sind der Überzeugung, daß die Verwirklichung dieser Vereinbarungen zur Festigung und weiteren Entfaltung des Sozialismus in der CSSR führen und dem Gesamtinteresse der sozialistischen Länder sowie der Sicherung des Friedens in Europa dienen wird.

Wir wenden uns entschieden dagegen, daß die herrschenden Kreise unseres Landes im Sinne der Zersetzung der sozialistischen Ordnung und Wiederherstellung kapitalistischer Machtverhältnisse in die sozialistischen Staaten hineinzuwirken und damit den Status quo in Europa zu verändern suchen. Die Sicherung des Friedens in Europa erfordert die Herstellung guter

Beziehungen zu allen sozialistischen Ländern auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme.

Das Verbot der KPD im Jahre 1956 hat allen reaktionären Entwicklungen in der Bundesrepublik Vorschub geleistet. Es ist an der Zeit, daß es überwunden wird; denn es hat schon 12 Jahre zu lange gedauert.

Wir wenden uns mit dieser Erklärung an die Öffentlichkeit und rufen die Kommunisten, Marxisten und Sozialisten in der Bundesrepublik auf, mit uns gemeinsam am Aufbau der neukonstituierten Kommunistischen Partei mitzuwirken.

Wir sind uns bewußt, daß die herrschenden Kreise mit der Aufrechterhaltung des KPD-Verbots auch eine neukonstituierte Kommunistische Partei bedrohen können. Auf der Grundlage dieses Verbots wurden jahrelang und werden bis heute demokratische und sozialistische Organisationen diffamiert und verfolgt. Deshalb fordern wir: das KPD-Verbot muß aufgehoben werden. Rechtliche Möglichkeiten dafür sind gegeben.

Wir fordern alle Kommunisten, alle Marxisten, alle, die einer Kommunistischen Partei beitreten wollen, auf, in Beratungen und Versammlungen die neue konstituierte Kommunistische Partei zu unterstützen und überall örtliche Ausschüsse zu bilden. Wir ersuchen alle in den Ländern, Städten und Gemeinden entstandenen Ausschüsse, sich an den Bundesausschuß zu wenden, ihm Vorschläge und Empfehlungen für die weiteren Schritte zu unterbreiten und ihre Vertreter für eine sobald wie möglich einzuberufende größere Bundestagung zu benennen. Auf dieser Tagung sollen die nächsten politischen und organisatorischen Schritte beraten und beschlossen werden. Sie soll das Verfahren zur Einberufung und Vorbereitung des ersten Parteitages, zur Ausarbeitung der Entwürfe für ein Statut und die politischen Grundsätze und Ziele der Partei erarbeiten.

Der einzuberufende Parteitag wird sowohl in der Festlegung der Ziele und der Politik wie in der Wahl der Leitungsorgane souverän sein. Er wird die Willensbildung von unten nach oben und die demokratische Wahl der Leitungen auf allen Ebenen sichern.

Der Bundesausschuß schlägt allen, die sich der neukonstituierten Kommunistischen Partei anschließen wollen, vor, diese Partei gemäß den politischen und nationalen Bedingungen ihres Wirkens „Deutsche Kommunistische Partei“ zu nennen. Über die endgültige Festlegung des Namens sollte nach eingehender Diskussion entschieden werden.

Wir fordern alle Kommunisten auf, mit der Werbung für die neukonstituierte Partei zu beginnen und sie durch die Aufbringung finanzieller Mittel und Spenden zu unterstützen.

Wir sind überzeugt, daß die Kommunisten der Bundesrepublik und darüber hinaus viele mit sozialistischen Ideen Sympathisierende und der nach einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft strebende Teil der jungen Generation unseren Entschluß begrüßen. Die im Geist von Marx, Engels und Lenin wirkende neukonstituierte Kommunistische Partei wird das Leben in der Bundesrepublik bereichern und der Tätigkeit der sozialistischen und demokratischen Kräfte in unserem Lande Auftrieb geben.

Frankfurt, den 22. September 1968

Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei

Kurt Bachmann	Korrespondent	Weiden bei Köln
Peter Dürrbeck	Elektriker	Misburg bei Hannover
Walter Ebert	Vertreter	Gras-Ellenbach
Emma Engelhardt	Porzellanarbeiterin	Schwarzenbach
Kurt Erlebach	Journalist	Hamburg 22
Hermann Gautier	Angestellter	Bremen

Alfred Gecks	Arbeiter	Düren
Otto Hans	Journalist	Hildesheim
Bernd Hartmann	Referendar	Köln
Hans Heisel	Chemiefacharbeiter	Frankfurt/Main
Werner Höner	Dekorateur	Minden
Heinz G. Hornung	Koch	Fellbach
Erich Mayer	Heizunginstallateur	Hamburg 62
Josef Mayer	Verlagsangestellter	Frankfurt/Main
Heinz Merkel	Kaufmann	Saarbrücken
Dr. Hans Mertens	Jurist	Grevenbroich
Ludwig Müller	Angestellter	Angermund
Hans Möller	Schlosser	Blankenstein/Ruhr
Karl-Heinz Noetzel	Maurer	Essen-Bergeborbeck
Georg Polikeit	Journalist	Obertshausen bei Offenbach
Inge Sbosny	Textilarbeiterin	Solingen
Theo Schoofs	Kraftfahrer	Waltershofen
Fred Schmid	Student	München
Willi Schwettmann	Diplom rer.pol.	Essen-Kray
Manfred Steiger	Angestellter	Ludwigshafen
Ewald Stiefvater	Journalist	Wedel/Holstein
Herbert Stiefvater	Zimmermann	Nürnberg/Langwasser
Andreas Stöckel	Werkzeugmacher	München 13
Hannes Stütz	Redakteur	München 5
Gustav Trambowski	Chemiearbeiter	Düsseldorf
Guido Zingerl	Maler, Grafiker	München 12

Vorläufige Anschrift: Kurt Bachmann,

53 Bonn,

Sternenburgstr. 73; Telefon (02221) 2 32 53

Auszüge aus „Neues Deutschland“ vom 26. Oktober 1968; Diskussionsrede von Hermann Matern, Mitglied des Politbüros der SED, auf der 9. Tagung des ZK der SED (22. bis 25. Oktober 1968):

„Zur Strategie und Taktik der Deutschen Kommunistischen Partei

Unsere Partei verfolgt seit jeher mit großem Interesse den Kampf aller fortschrittlichen, antifaschistischen und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik gegen die imperialistische Expansionspolitik, gegen die verschärfte Renazifizierung und für eine soziale, gerechte Ordnung in Westdeutschland. . . .

Gerade deshalb interessiert die Mitglieder unserer Partei auch die Frage, wie die fortgeschrittensten Teile der westdeutschen Arbeiterklasse, die Kommunisten, ihre Strategie und Taktik festlegen und ihren Kampf organisieren.

Kürzlich haben wir alle davon Kenntnis erhalten, daß sich am 26. September 1968 eine legale Kommunistische Partei in Westdeutschland neu konstituiert hat. Diese Nachricht hat in der westdeutschen und internationalen Öffentlichkeit starke Beachtung gefunden und ruft auch in unserer Partei berechtigtes Interesse hervor. . . .

Die Kommunisten führten in verstärktem Maße den Kampf für die Aufhebung des schändlichen Verbots. Sie fanden immer mehr Unterstützung in Westdeutschland und auch international bei Millionen anständiger Menschen. Aber die Kraft reichte noch nicht aus, das Verbot zu Fall zu bringen. Für die Kommunisten mußte sich zwangsläufig immer stärker die Frage stellen, auf welche Weise sie ihre Politik offen als Kommunisten in der Arbeiterklasse vertreten können, in welcher Weise sie offen für ihre Ziele wirken können.

Wie die Mitteilung über die Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei und die Erklärung des Bundesausschusses dieser Partei zeigen, haben sich die Kommunisten und fortschrittlichen Sozialisten dazu entschlossen, die Rechte in Anspruch zu nehmen, die sich für die Formierung politischer Parteien aus dem Grundgesetz ergeben. . . .

Mit dieser Polarisierung der Rechtskräfte (in der Bundesrepublik — H. Bw.) hält gegenwärtig die Verbreiterung der antifaschistisch-demokratischen Bewegung, die Sammlung aller demokratisch-fortschrittlichen Kräfte nicht Schritt. Diese Tatsache vor Augen, haben die Kommunisten ihre Initiative ergriffen, um ihren Beitrag zu leisten, den Formierungsprozeß aller antifaschistisch-demokratischen Bewegungen und Kräfte maximal zu fördern. Ihre Anstrengungen sind darauf gerichtet, die westdeutsche Arbeiterklasse zu befähigen, ihre historische Mission zu erfüllen, und im Bunde mit allen Friedenskräften dafür zu sorgen, daß vom Boden Westdeutschlands nicht ein neuer Krieg ausgeht. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß manche fortschrittlichen Sozialdemokraten ihre politische Heimat und ihr Tätigkeitsfeld in dieser neukonstituierten Kommunistischen Partei suchen und finden werden. Dafür gibt es bereits einige Beispiele. Wir begrüßen aufrichtig, daß die neukonstituierte Kommunistische Partei ihre Mission, ihre Aufgabe darin sieht, ein vertrauensvolles, kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokratie herzustellen und zu einem Zusammenwirken aller fortschrittlichen Kräfte in der Arbeiterschaft und im Volk zu gelangen. Auch wir betrachten das als die Grundbedingung für demokratische Veränderungen in Westdeutschland. . . .

Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die objektive Rolle der Kommunistischen Partei für das weitere Schicksal der Bundesrepublik außerordentlich gewachsen. . . .

Die Kommunisten Westdeutschlands stehen heute vor neuartigen und komplizierten Problemen ihres Kampfes. . . . Niemand darf daher glauben, die legale Konstituierung einer Kommunistischen Partei für die Bundesrepublik sei gleichbedeutend mit einem ungehinderten Wirken dieser Partei für ihre Ziele. . . .

Nach der Erklärung zur Neukonstituierung läßt sich wohl nicht daran zweifeln, daß sich die Deutsche Kommunistische Partei zum wissenschaftlichen Sozialismus, zu den Ideen von Marx, Engels und Lenin bekennt und die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, die Traditionen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns in sich aufnehmen will. Gegenüber manchen revisionistischen Auffassungen, wonach strukturelle Reformen ohne

Einschränkung der reaktionären Macht der Monopole bereits als Zwischenetappe für einen besonderen Weg zum Sozialismus bezeichnet werden, stellt die neukonstituierte Kommunistische Partei als erste Bedingung des gesellschaftlichen Fortschritts die Einschränkung der Allmacht der Monopole. . . .

Die Deutsche Kommunistische Partei hält es für ihre natürliche Pflicht, die Tradition des Internationalismus fortzusetzen und solidarische Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt, zu den Kräften der antiimperialistischen Befreiungsbewegung und zu den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern zu pflegen. Von dieser kämpferischen internationalistischen Position aus formuliert die Partei ihre Stellung zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei. Sie weist die Arbeiterklasse Westdeutschlands darauf hin, daß angesichts der ernststen Gefahren, die in der CSSR für den Sozialismus, für die Sicherheit und den Frieden in Europa entstanden waren, das Eingreifen der verbündeten sozialistischen Länder erforderlich gemacht wurde. . . .

Es versteht sich nach alledem von selbst, daß die Deutsche Kommunistische Partei sich zu einem entschiedenen Fürsprecher für die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei machte. . . .

Im Hinblick darauf ist zu beachten, daß die neukonstituierte Kommunistische Partei mit aller Entschiedenheit die Spekulation zurückweist, etwa als Ersatzorganisation oder auch als Nachfolgeorganisation für die verbotene Kommunistische Partei zu wirken, womit sie ja automatisch unter das KPD-Verbot fallen würde. . . .

Die DDR — ein treuer Freund und eine große Kraft (Zwischenüberschrift im „Neuen Deutschland“)

Angesichts dieser Tatsachen zeigt sich, daß die Arbeiterklasse Westdeutschlands und ihre Organisationen vor vielen neuen Fragen des Klassenkampfes stehen. Mit Sympathie verfolgen wir jeden Erfolg der einfachen Menschen im Kampf für die Erweiterung ihrer sozialen und politischen Rechte. Die Arbeiter und Bauern, die Wissenschaftler und Techniker, die Handwerker und Gewerbetreibenden sowie alle arbeitenden Menschen in Westdeutschland brauchen ebenso wie wir in der DDR Frieden und Sicherheit. Sie können diese Errungenschaft nur besitzen, wenn sie die Feinde des Friedens und der Sicherheit in der Bundesrepublik zurückdrängen und bändigen. Bei der Realisierung dieses Anliegens verfügen sie über einen großen Vorteil: Sie haben mit der Arbeiter-und-Bauern-Macht und mit den sozialistischen Errungenschaften in der DDR einen treuen Freund und eine große Kraft auf ihrer Seite.

Die Deutsche Kommunistische Partei würdigt die großen Leistungen des Aufbaues der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung in der DDR. Sie erklärt, daß sie sich mit unserer Partei, unter deren Leitung das erreicht wurde, durch den Marxismus und die gemeinsamen Traditionen verbunden fühlt. Die Deutsche Kommunistische Partei kommt angesichts der veränderten historischen Situation und der unterschiedlichen Ausgangspositionen zu dem Schluß, daß eine schematische Nachahmung des in der DDR beschrittenen Weges zum Sozialismus in der Bundesrepublik ausgeschlossen ist.

Wir gehen davon aus, daß wir die Kraft unserer sozialistischen Erfolge am effektivsten im Interesse der westdeutschen Werktätigen wirksam machen, indem wir die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus so voranbringen, wie das auf diesem Plenum aufgezeigt wurde. Es ist so, wie Genosse Walter Ulbricht sagte, daß die Imperialisten nichts so sehr fürchten, wie die politischen Folgen der großen Fortschritte des Aufbaus der sozialistischen Länder. Daraus folgt, daß es andererseits für das arbeitende Volk in Westdeutschland keine größere Hilfe geben kann als eben diese Fortschritte in unserem Lande.

Andererseits haben die Vertreter der westdeutschen Kommunisten recht, wenn sie vor der internationalen Presse erklären, daß es Ziel und Aufgabe nicht nur einer sozialistischen, sondern überhaupt einer vernünftigen, realistischen Politik in der Bundesrepublik sein sollte, mit Walter Ulbricht und der DDR zu einem geregelten Zusammenleben auf der Grundlage der Anerkennung der DDR als souveräner sozialistischer deutscher Staat zu gelangen.

Zu diesen vernünftigen politischen Kräften in der Bundesrepublik gehört die neukonstituierte Kommunistische Partei. Wir wünschen ihr bei der Verwirklichung dieser Grundforderungen im Interesse der Werktätigen der Bundesrepublik viel Erfolg.“

Max Reimann

Düsseldorf-Gerresheim, 4. Dezember 1968
von Gahlen-Straße 4

An die
Regierung
der Bundesrepublik Deutschland

53 Bonn
Bundeshaus

Sehr geehrte Damen und Herren Minister!

Als Leiter der „Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands“ schlage ich Ihnen vor, diese Verhandlungen nunmehr unverzüglich einzuleiten.

Dabei gehe ich davon aus, daß das KPD-Verbot aus innen- und außenpolitischen Gründen nach wie vor ein Problem ist, welches dringend einer Lösung bedarf, die seine gegen Demokratie und Frieden gerichteten sowie das Verhältnis zu anderen Staaten belastenden Auswirkungen beseitigt.

Einige dieser Auswirkungen des KPD-Verbots möchte ich noch einmal verdeutlichen.

Die politische Entwicklung in den 50 Jahren des Bestehens der KPD hat gezeigt, daß man die Kommunistische Partei nicht aus dem öffentlichen Leben ausschalten kann. Das gelang weder mit dem Verbot unter der Hitlerdiktatur noch in Fortsetzung dieses Verbots durch die herrschenden Kreise der Bundesrepublik in den vergangenen 12 Jahren. Aber das Verbot der KPD, ihre Unterdrückung, die Verfolgung und Diskriminierung der Kommunisten, der Antikommunismus haben zu einer fortschreitenden Deformierung der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Rechte und Grundsätze geführt. Das KPD-Verbot hemmt nicht nur eine progressive Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik, sondern ist gleichzeitig ein ständig wirkender Faktor der Zersetzung der Demokratie. Die als stetige Folge des KPD-Verbots sichtbare Tendenz zur Einschnürung des politischen Meinungsspektrums auf der Linken ist daher auch eine der Hauptursachen für die verhängnisvolle Rechtsentwicklung, die im Vordringen des Neonazismus ihren krassesten Ausdruck findet.

Es ist daher nur folgerichtig, wenn in der demokratischen Öffentlichkeit des In- und Auslandes diese Zustände und Entwicklungen mit wachsendem Befremden und wachsender Besorgnis betrachtet werden. Diese Sorge findet immer wieder in der Feststellung ihren Ausdruck, daß in der Bundesrepublik die KPD, die die größten Opfer im Widerstand gegen die Nazidiktatur brachte, verboten ist, aber die neonazistische NPD sich ausbreiten kann.

Ihnen ist wohlbekannt, daß aus diesem Grunde die Bundesrepublik hinsichtlich ihrer inneren Verhältnisse in einem Atemzug mit den faschistischen Regimen in Spanien, Portugal und Griechenland genannt wird — Länder, in denen ebenfalls die kommunistischen Parteien verboten sind. Was die Bundesrepublik anbetrifft, so erregt diese Lage und Entwicklung besonders deshalb größte Besorgnisse, weil die Bundesregierung als einzige Regierung in Europa den territorialen Status quo und die nach 1945 entstandenen Grenzen nicht anerkennt, und ihre Politik somit eine Gefahr für den Frieden darstellt.

Die Völker unseres Kontinents haben durch die herrschenden imperialistischen Kreise Deutschlands die schrecklichsten Aggressionen und Leiden erdulden müssen und wissen sehr gut, daß dies immer dann geschah, wenn auf deutschem Boden die Arbeiterbewegung und die demo-

kratischen Kräfte in ihrer Entwicklung behindert oder die Demokratie gar vollends beseitigt wurde.

Diese innere und äußere Problematik, die auf das engste mit dem Bestehen des KPD-Verbots verflochten ist, ist nicht dadurch gelöst, daß sich im Herbst dieses Jahres eine legale Kommunistische Partei neu konstituiert hat. Marxisten, Sozialisten und Kommunisten haben als Bürger der Bundesrepublik mit dieser Initiative im Bewußtsein ihrer Verantwortung für eine demokratische Entwicklung dieses Landes gehandelt.

Aber das KPD-Verbot einschließlich seiner politischen Verbotgründe besteht weiter und seine dargelegten schädlichen Wirkungen dauern fort. Solange es existiert, ist das KPD-Verbot die Basis und die Motivierung für die Diskriminierung der Kommunisten und aller anderen oppositionellen Demokraten. Es behindert politisch wie psychologisch die Entfaltung der Demokratie, leistet aber der Rechtsentwicklung und dem Neonazismus Vorschub. Solange das KPD-Verbot besteht, kann es — und das ist besonders gravierend — von den jeweiligen Regierungen des Bundes und der Länder zur Verfolgung nicht nur der Kommunisten, sondern aller Sozialisten und oppositionellen Demokraten benutzt werden, wenn diese Regierungen das für ihre politischen Zwecke als notwendig betrachten, und wenn der Zeitpunkt ihnen günstig erscheint.

Das zeigt, daß das KPD-Verbot nicht in erster Linie ein juristisches Problem ist, welches mit der Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei nach Art. 21 GG etwa gelöst ist, sondern es bleibt ein erstrangiges politisches Problem für die demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik und für die Sicherung des Friedens in Europa.

Keine der politischen Kräfte in unserem Lande und insbesondere die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien können sich der Verantwortung für die politische Entwicklung in unserem Lande entziehen. Die positive Lösung eines so wichtigen politischen Problems wie das KPD-Verbot ist im Rahmen dieser Gesamtverantwortung eine der vordringlichsten Aufgaben. Sie ist eine elementare politische Notwendigkeit, und an der Bundesregierung ist es, die hierzu erforderlichen und geeigneten politischen und juristischen Maßnahmen einzuleiten.

Was die juristischen Möglichkeiten anbetrifft, so haben bekannte Politiker und Juristen der Bundesrepublik u. a. darauf hingewiesen, daß eine Aufhebung des KPD-Verbots durch eine Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes möglich werden könnte. Konkret wird bekanntlich von diesen Persönlichkeiten vorgeschlagen, entweder eine Befristung von Parteiverboten oder ihre Überprüfbarkeit durch das Bundesverfassungsgericht einzuführen.

Als Leiter der eingangs genannten Verhandlungskommission schlage ich Ihnen Verhandlungen vor über die Notwendigkeit einer konstruktiven politischen Lösung des Problems des KPD-Verbots und über die politischen und juristischen Wege und Modalitäten zur Beseitigung sämtlicher Wirkungen des Verbots.

Hochachtungsvoll

Max Reimann

Kurt Birking

Betriebsrat

Hannover, im Dezember 1968

Kniestraße 21

An die

Unterzeichner des „Aktions- und Wahlbündnisses“

Betriebs- und Gewerkschaftskollegen

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen!

Am 7. November 1968 wurde in Dortmund ein Aktions- und Wahlbündnis „linker Kräfte“ gebildet. Aufgefordert, mich an diesem Gründungskongreß zu beteiligen, habe ich als Mitglied des Tagungspräsidiums genügend Gelegenheit gehabt, bittere Erfahrungen mit den Regisseuren dieser Veranstaltungen zu machen. Was sich dort als Versammlung „fortschrittlicher Aktivisten“ ausgab, stellte sich bei näherem Hinsehen als Veranstaltung von DFU- und DKP-Anhängern heraus. An Stelle einer wirklichen Diskussion über alle wichtigen politischen Fragen probten die Verantwortlichen nur den zweiten Aufguß der bereits gescheiterten DFU-Sammlungspolitik. Um jede Störung dieser Absicht auszuschalten, führten hinter den Kulissen bewährte Alt-kommunisten geschickt Regie. Einwände gegen die nicht zu übersehende kommunistische Steuerung wurden mit der Drohung politischer Diffamierung unterdrückt.

Heuchlerisch wurden die oft gewiß nicht erfreulichen politischen Verhältnisse in unserem Lande beklagt, wobei gerade die sich als Opponenten berufen fühlten, die ohne Scham den Überfall Moskaus und seiner linientreuen Satelliten auf die CSSR verteidigten. Für mich haben diese Leute jeden moralischen Kredit verspielt. Sie sind nicht legitimiert, die linken Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland zu führen.

Die Hoffnung, für das „Aktions- und Wahlbündnis“ (seit dem 7. Dezember 1968 auch „Aktion Demokratischer Fortschritt [ADF]“ genannt) im Bundestagswahlkampf 1969 mehr wie die bisher von der DFU erreichten wenigen Prozent der Stimmen zu gewinnen, ist trügerisch.

Selbst die kritischen Studenten lehnen eine Unterstützung der von ihnen als rückschrittlich empfundenen Kräfte ab. Auch dem arbeitenden Menschen muß ein waches politisches Bewußtsein sagen, daß solche hoffnungslosen Unternehmungen genau das Gegenteil von dem bewirken, was seinem politischen Anliegen dient.

Wie nun soll man sich entscheiden?

Nüchterne Beurteilung der Möglichkeiten zeigt, daß nur die Sozialdemokratische Partei eine wirksame Politik für die Interessen der Arbeitnehmer führen kann. Sicher konnte man und wird man auch künftig der einen oder anderen politischen Entscheidung der SPD kritisch gegenüberstehen. Auch ich gehörte zu den Kritikern manch solcher Entscheidungen. Aber die SPD ist die einzige Partei, die mit den Gewerkschaften zusammen die notwendigen gesellschaftlichen Reformen anstrebt und sie auch durchsetzen kann. Dafür braucht sie allerdings eine Mehrheit in den Parlamenten.

Eine Zersplitterung der fortschrittlichen Kräfte, wie sie die „Aktion für den demokratischen Fortschritt (ADF)“ bewirkt, schadet auf dem Wege zu Reformen und nutzt nur den konservativen Bestrebungen in den anderen Parteien. Daß auch die rechtsradikale NPD davon profitieren wird, liegt auf der Hand.

All denen, die den Aufruf zur Bildung eines „Aktionsbündnisses für die Bundestagswahlen 1969“ unterzeichnet haben, kann ich nur raten, meinem Schritt zu folgen und ihre Unterschrift zurückzuziehen. Wer es ernst meint, wird sich nicht zum Büttel einer ferngesteuerten Politik der Kommunisten und ihrer Helfer machen lassen.

Euer Kollege

Kurt Birking